



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

6. Sitzung 2013

vom Montag, 23. September 2013, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzender

Marc Dübendorfer, Präsident

Anwesend

43 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber
Felix Fuchs, Stadtbaumeister

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Jürg Dietiker, Einwohnerrat
Lotty Fehlmann Stark, Einwohnerrätin
Michael Haueter, Einwohnerrat
Petra Ohnsorg Matter, Einwohnerrätin
Christoph Waldmeier, Einwohnerrat
Hanna Weiersmüller, Einwohnerrätin
Danièle Zatti Kuhn, Einwohnerrätin

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	219
2. Ersatzwahl eines Vizepräsidenten / einer Vizepräsidentin für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle von Reto Leiser)	220
3. Anfragen	222
4. Ersatz der Aarebrücke durch "Pont Neuf"; Bauprojekt	230
5. Aufwertung Aareraum Ost; Bauprojekt	237
6. Stabilo 2, Gewährung eines Investitionskredits für externe Abklärungsaufträge	244
7. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion von Mario Serratore: Evaluation Pensionskasse der Stadt Aarau	255
8. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion von Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen: Kasernenareal - Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau	256
9. Kreditabrechnung Widler, Neuerschliessung	223
10. Kreditabrechnung Scheibenschachen, Neuerschliessung	224
11. Kreditabrechnung Gönhardgüter, Sanierung 3./4. Etappe	225
12. Kreditabrechnung Erneuerung KEBA, Projektierung	226
13. Kreditabrechnung Erneuerung Freibad Schachen	227
14. Kreditabrechnung Erneuerung Balänen, Beitrag EG	228
15. Kreditabrechnung Sanierung Telliring	229

63. Mitteilungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich begrüße alle Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Zuerst möchte ich allen, welche gestern ihre Wahlziele erreicht haben, ganz herzlich gratulieren. Vorab gratulieren möchte ich selbstverständlich Jolanda Urech, der neuen Stadtpräsidentin von Aarau, dann aber auch allen wieder- und neugewählten Stadträtinnen und Stadträten. Ich möchte aber auch all denjenigen, welchen es nicht gereicht hat, für den Einsatz und die während dem Wahlkampf gebotene faire, politische Ausmarchung herzlich danken. Ich wünsche den neu gewählten Stadträtinnen und Stadträten wie auch der neuen Stadtpräsidentin alles Gute und viel Befriedigung in diesem Amt. Nach einem teilweise fast monatelangen Wahlkampf für viele von Ihnen, wird jetzt wieder ein wenig Ruhe einkehren, bevor es dann wieder los geht mit den Einwohnerratswahlen. Der Wahlkampf dafür wird schon relativ bald, spätestens nach den Herbstferien, in die entscheidende Phase eintreten. Wir können nun aber bereits relativ zügig zu unserem üblichen Tagesgeschäft übergehen. Ich glaube, es haben alle mitbekommen, dass beim Traktandum 7 die Motion von Mario Serratore betr. Evaluation Pensionskasse der Stadt Aarau vom Motionär zurückgezogen worden ist. Somit entfällt dieses Traktandum.

Der **Präsident** gibt die Entschuldigungen bekannt.

64. Ersatzwahl eines Vizepräsidenten / einer Vizepräsidentin für den Rest der Amtsperiode 2010/13 (anstelle von Reto Leiser)

Marc Dübendorfer, Präsident: Reto Leiser, Vizepräsident des Einwohnerrates Aarau, ist in stiller Wahl zum Gerichtspräsidenten des Bezirks Aarau erkoren worden. Ich gratuliere ihm an dieser Stelle ganz herzlich dazu. Er wird also in die Judikative wechseln. Aus diesem Grunde hat er den Rücktritt als Vizepräsident und als Mitglied des Einwohnerrates erklärt. Als Ratsmitglied wird er selbstverständlich erst am Ende dieser Sitzung verabschiedet. Die FDP-Fraktion schlägt für die Ersatzwahl als Vizepräsidentin Einwohnerrätin **Danièle Zatti Kuhn** vor. Leider musste sie sich grippebedingt von der heutigen Sitzung abmelden.

Hanspeter Hilfiker: Vor knapp zwei Jahren hat die FDP-Fraktion Reto Leiser als Vizepräsidenten des Einwohnerrates vorgeschlagen. Damals war das Ziel, dass Reto Leiser Anfang nächsten Jahres zum Präsidenten gewählt würde. Die persönliche und berufliche Entwicklung folgt halt nicht immer dem ursprünglichen Plan. Entsprechend konnte Reto Leiser nun eine andere berufliche Herausforderung wahrnehmen, zu welcher wir ihm auch herzlich gratulieren und alles Gute wünschen. Mit seinem Rücktritt geht es nun in einem etwas ungewohnten Rahmen um das Vizepräsidium. So müssen wir nun kurz vor der Präsidiumswahl das Vizepräsidium neu besetzen. Wir bedauern die kurzfristige Veränderung, sind aber überzeugt, dass wir mit unserer Kandidatin Danièle Zatti Kuhn, welche heute eben leider krankheitshalber zuhause bleiben musste, eine allseits respektierte und für dieses Amt auch bestens qualifizierte Kollegin vorschlagen können. Danièle Zatti Kuhn wurde 1964 geboren. Sie ist in Suhr aufgewachsen, absolvierte in Aarau das Wirtschaftsgymnasium und studierte danach in Zürich Betriebswirtschaft. Nach dem Studium arbeitete sie in einer internationalen Unternehmensberatungsfirma. Danach wechselte sie zum Kanton Aargau und nahm zuletzt die Funktion der Leiterin der Abteilung Standortentwicklung ein. Seit anfangs August 2013, also erst seit ganz kurzer Zeit, arbeitet sie selbständig im Bereich Beratung, Coaching und Training. Dort kann sie auch ihre Zusatzausbildungen, welche sie in diesem Bereich absolviert hat, nutzen. Danièle Zatti Kuhn ist verheiratet und Mutter von zwei Töchtern im Alter von 17 und 12 Jahren. Sie wohnt an der Weltistrasse in Aarau. In der Freizeit ist sie viel in den Bergen unterwegs. Wir sind überzeugt, mit Danièle Zatti Kuhn eine qualifizierte und kompetente Kollegin für das Vizepräsidium vorzuschlagen und bitten den Rat, diesem Vorschlag zu folgen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Liegen weitere Wortmeldungen oder Wahlvorschläge vor?

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge gemacht werden, erfolgt die schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		43
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		43
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>		
	- ganz leere	1
	- ungültige	0
		<hr/>
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		42
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden</i>		42
<i>= Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		0
		<hr/>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		42
<i>Absolutes Mehr</i>		22
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		
<i>Stimmen haben erhalten:</i>		
<i>Danièle Zatti Kuhn</i>		42
<i>Es ist gewählt:</i>		
<i>Danièle Zatti Kuhn</i>		42

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich gratuliere Danièle Zatti von hier aus ganz herzlich zur Wahl und freue mich auf die Zusammenarbeit in den restlichen Sitzungen bis Ende Jahr. Wie viele Sitzungen das sein werden, kann ich noch nicht sagen, darüber diskutieren wir noch. Es gibt sicher noch eine Sitzung nach den Herbstferien über das Budget.

Während der Ermittlung des Wahlergebnisses behandelt der Einwohnerrat zuerst die Traktanden 9 bis 15 (Kreditabrechnungen).

Traktandum 3

65. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

66. Kreditabrechnung Widler, Neuerschliessung

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 24. Januar 2012 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Widler, Neuerschliessung". Die Kreditabrechnung wurde zurückbehalten, bis die Kreditabrechnung "Scheibenschachen, Neuerschliessung" ebenfalls vorlag. Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 1'410'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 1'061'143.60 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 348'856.40 oder 24,74 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit und ohne Gegenstimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Widler, Neuerschliessung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

67. Kreditabrechnung Scheibenschachen, Neuerschliessung

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 29. April 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Scheibenschachen, Neuerschliessung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 3'060'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 2'294'050.50 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 765'949.50 oder 25,03 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit und ohne Gegenstimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Scheibenschachen, Neuerschliessung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

68. Kreditabrechnung Gönhardgüter, Sanierung 3./4. Etappe

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 3. Juni 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Gönhardgüter, Sanierung 3./4. Etappe". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 580'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 579'588.10 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 411.90 oder 0,07 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Gönhardgüter, Sanierung 3./4. Etappe".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

69. Kreditabrechnung Erneuerung KEBA, Projektierung

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 24. Juni 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Erneuerung KEBA, Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 779'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 786'691.35 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 7'691.35 oder 0,99 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Erneuerung KEBA, Projektierung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

70. Kreditabrechnung Erneuerung Freibad Schachen

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 1. Juli 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Erneuerung Freibad Schachen". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 8'690'225.40 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 8'145'133.47 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 545'091.93 oder 6,27 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Erneuerung Freibad Schachen".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

71. Kreditabrechnung Erneuerung Balänen, Beitrag EG

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 5. August 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Erneuerung Balänen, Beitrag EG". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 150'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 64'210.90 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 85'789.10 oder 57,19 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Erneuerung Balänen, Beitrag EG".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

72. Kreditabrechnung Sanierung Telliring

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 5. August 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Telliring, Sanierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 400'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 409'564.55 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 9'564.55 oder 2,39 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Sanierung Telliring".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

73. Ersatz der Aarebrücke durch "Pont Neuf"; Bauprojekt

Mit Botschaft vom 12. August 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge zur Realisierung des Bauprojekts "Pont Neuf" den städtischen Anteil ohne Zuschlag des kantonalen Kreditrisikos von Fr. 8'900'000.00 inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten, gutheissen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Zu diesem Traktandum ist am 17. September 2013 ein **Rückweisungsantrag** von Micha Siegrist, Fraktion Grüne/JETZT!, eingegangen. Da es sich um einen Ordnungsantrag handelt, werden wir ihn zuerst behandeln. Das Eintreten auf das Geschäft als solches ist unbestritten. Das Geschäft ist von der FGPK vorgeprüft worden.

Markus Hutmacher, Sprecher der FGPK: Die FGPK hat sich an der Sitzung vom 10. September 2013 mit diesem Geschäft befasst. Auskunftspersonen waren Stadträtin Jolanda Urech und Stadtbaumeister Felix Fuchs. Die Auskunftspersonen erläuterten einleitend, dass heute ein Vorschlag vorliege, wie der dringend notwendige Ersatz der Aarebrücke neu gestaltet werden könnte. Der Vorschlag geht weiter als nur ein Brückenersatz. Man hat die Situation als städtebauliche Chance betrachtet. Immerhin stellt die Aarebrücke auch den direkten Zugang zur historischen Altstadt dar. Der Stadtrat ist der Meinung, dass sich diese Investition lohnt, zumal die Brücke wieder über eine lange Zeit das Stadtbild prägen wird. Die Projektierung, welche schon längere Zeit läuft, erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton. In mehreren Verhandlungsrunden konnte auch ein fairer Kostenverteiler ausgehandelt werden. Speziell wurde erwähnt, dass die vorliegenden Investitionen in Zukunft keine Betriebskosten auslösen werden. Aus der Mitte der Kommission wird für die durchgeführte Begehung vom 3. September 2013 gedankt. Diese war sehr informativ, und die Teilnehmenden konnten sich mit eigenen Augen vom schlechten baulichen Zustand und den unbefriedigenden und unwirtschaftlichen Platzverhältnissen im Bereich der Widerlager überzeugen. Es wurde in der FGPK festgestellt, dass das Wettbewerbsverfahren auch noch andere gute Projekte hervorgebracht habe. So habe das im 2. Rang klassierte Projekt auch eine gute Kritik erhalten, die Kosten wären aber ca. 6 Mio. Franken tiefer gewesen. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass ein Preisgericht jeweils beim siegreichen Projekt ansprechen müsse, was noch zu verbessern sei. Gegenüber den weiteren Rängen erscheine der Bericht für das Siegerprojekt deshalb jeweils etwas ungünstiger. Im vorliegenden Fall fiel der Entscheid des Preisgerichtes einstimmig und ohne Wenn und Aber aus. Es wurde erkannt, dass, bezogen auf die Investitionen, nicht die günstigste Variante gewählt worden ist. Das Projekt ist aber sehr nachhaltig. Die gewählte Konstruktionsart verspricht eine sehr lange Lebensdauer und ist, im Gegensatz zu anderen Konstruktionsarten, weniger aufwändig im späteren Unterhalt. Bei Betrachtung der Lebenszykluskosten, und ohne die Massnahmen im Aareuferbereich, ist der Unterschied zum Projekt im 2. Rang nicht mehr sehr gross. Zudem ist zu beachten, dass die Kosten für die weiteren Projekte in der Wettbewerbsphase grob geschätzt worden sind und deshalb nicht gleich genau sein können. Die Kommission wollte wissen, weshalb die Fuss- und Radwege auf der Brücke nicht auf der gleichen Ebene, d.h. erhöht vom Fahrbahnrand angeordnet sind. Dies wäre ver-

mutlich für die Benutzer/-innen sicherer gewesen. Die Auskunftspersonen berichteten, dass mit dem Kanton lange über die Verkehrsführung diskutiert worden sei. Die Stadt hat sich anfänglich auch für eine Lösung, bei welcher die Fuss- und Radwege von der Fahrbahn getrennt verlaufen, eingesetzt. Es hat sich aber gezeigt, dass eine normengerechte Umsetzung nicht möglich ist und die Vorgaben des Kantons nicht eingehalten werden könnten. An beiden Brückenköpfen bestehen zahlreiche Fahrradverbindungen. Es wären viele Rampen notwendig geworden. Die verschiedenen Abbiegebeziehungen haben die heutige Anordnung ergeben. Die Kommission stellte die Frage, in welcher Höhe ein Bundesbeitrag erwartet werden darf. Die Auskunftspersonen hielten fest, dass die Höhe noch nicht abschliessend festgelegt worden sei. Sie ist abhängig vom Nutzen des Bauwerkes für den Langsam- und den öffentlichen Verkehr. In letzter Zeit wurde von einer Summe von rund 1,2 Mio. Franken gesprochen. Die Kommission stellte die Frage, weshalb ein normaler Ersatzneubau weniger lange halten sollte als das vorliegende Projekt. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass ein Ersatz der Brückenplatte sich auf den Bereich von Widerlager zu Widerlager beschränken würde. Die Lebensdauer einer ersetzten Brückenplatte wäre sicher weniger lang, als diejenige beim Ersatz der gesamten Brücke gemäss dem vorliegenden Projekt. Auch bei den Brückenköpfen gibt es Objekte, welche Altersschäden aufweisen und geflickt werden müssen. In den Anschlussbereichen wären somit später Sanierungen notwendig, z. B. Entwässerung oder Beleuchtung. Bei einem Ersatz der Brückenplatte müsste sich die Stadt finanziell in kleinerem Umfang beteiligen, dagegen müsste sie bei allen Massnahmen an den Anschlussbauwerken gemäss Dekret einen Beitrag von 60 % an die Kosten leisten. Die heutigen Investitionen ersetzen somit die später anfallenden Investitionen im Sanierungsbereich. Weiter wollte die Kommission wissen, wie realistisch es sei, dass der Kanton bei einer Ablehnung des Kredites durch die Stadt einen reinen Ersatz der Brückenplatte realisieren würde. In diesem Falle würden auch sämtliche Verbesserungen auf den beiden Aarseiten wegfallen. Die Auskunftspersonen erklärten, dass der Kanton grundsätzlich das vorliegende Projekt realisieren möchte. Der Kanton zeigte entsprechend auch eine grosse Flexibilität bei der Kostenaufteilung. Der Einfachheit halber wurde ein Kostenteiler von 30 % für die Stadt und 70 % für den Kanton vereinbart. Es handelt sich hier um eine Mischrechnung. Der Kanton übernimmt etwas mehr, als er müsste. Wie sich der Kanton bei einer Ablehnung des städtischen Kreditanteiles verhalten würde, war bis zur FGPK-Sitzung nicht bekannt. Es gibt keine Absprachen darüber, was bei einem Nein passieren würde. Mit dem Sitzungsprotokoll der FGPK wurden aber folgende Angaben nachgeliefert: Falls der beantragte Kredit von der Stadt abgelehnt würde, wird der Kanton einen Ersatz der Brücke von Widerlager zu Widerlager in Auftrag geben. Auf eine Verbreiterung der Uferwege und somit Verbesserungen für den Langsamverkehr wird verzichtet. Das Projekt "Pont Neuf" würde abgerechnet und die Stadt müsste ihren Anteil von ca. 700'000 Franken an die bisherigen Projektierungskosten bezahlen. Beim reinen Ersatz der Brücke von Widerlager zu Widerlager müsste die Stadt ca. 1,2 Mio. Franken für den Umbau der bestehenden Widerlager beisteuern, da die Widerlager nach Kantonsstrassendekret im Innerortsbereich liegen. Die Anschlussbauwerke im übrigen Projektperimeter sind in den nächsten Jahren sanierungsbedürftig und sind auf der Südseite gemäss Kantonsstrassendekret und auf der Nordseite, wo die Stadt Eigentümerin ist, von ihr allein zu sanieren. Das ist der erwähnte Nachtrag aus dem Protokoll. Die Kommission wollte anschliessend noch wissen, wieso das Kreditrisiko, welches der Kanton gemäss jüngster Praxis einrechnet, nicht auch bei der Stadt eingerechnet wird. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass der Kanton die Praxis geändert habe: Früher wurde ein Kredit ohne Risikozuschlag verabschiedet, jedoch mit dem Hinweis, dass die Kostengenauigkeit bei +/-10 % liege. Heute wird ein Risikozuschlag dazugerechnet, was aber zur Folge hat, dass der Kredit, auch unter Aufrechnung der Teuerung, nicht überschritten werden darf. Es gab bisher für die Stadt keinen Grund, ebenfalls auf dieses

System zu wechseln. Nach der Beratung stimmte die FGPK diesem Geschäft am Schluss mit einem Verhältnis von 7:2 Stimmen zu.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wie gesagt liegt uns ein Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft vor.

Micha Siegrist: Für die Grünen ist es unbestritten, dass dieses Projekt in drei Punkten einen Fortschritt bringt: Einerseits sind das die beiden grösseren Durchlässe auf der Aareseite und andererseits v.a. die Velorampe auf der Nordseite. Die Velozufahrt auf dieser Seite ist im Moment wirklich unbefriedigend. Diese Gründe sind also unbestrittene Verbesserungen gegenüber der heutigen Situation. Das Projekt hat aber doch auch einige Mängel, und diese sind nach unserer Einschätzung so gravierend, dass wir dem Einwohnerrat beantragen, das Projekt zur Überarbeitung zurückzuweisen. Zuerst zum Thema Naturschutz und ökologischer Ausgleich: Bei diesem Projekt sollen die beiden Hecken, die sich links und rechts an den südlichen Brückenkopf anschliessen, vollständig und offenbar ersatzlos gerodet werden. Man muss sich hier zuerst einmal folgendes bewusst machen: Hecken zählen zu den besonders wertvollen Lebensräumen und sind deshalb durch das Natur- und Heimatschutzgesetz geschützt. Das gilt auch für Hecken im Siedlungsgebiet. Der Schutz ist zwar nicht so absolut, wie das beim Wald der Fall ist. Aber wenn Hecken gerodet werden sollen, ist das begründungspflichtig. Man kann eine Hecke nur dann roden, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, diese zu erhalten. Wenn eine Hecke wirklich gerodet wird, braucht es einen Ersatz. Man müsste also an einem anderen Ort eine gleichwertige Hecke pflanzen. Bei den Unterlagen zu diesem Projekt habe ich nirgends irgendwelche Überlegungen zu diesem Thema gefunden. Das ist doch bei diesem Hintergrund einfach allzu mager. Dass die Stadt eigentlich wüsste, wie das gehen würde, beweist sie beim Projekt Aareraum Ost. Dort widmet sie der Platane einen ganzen Abschnitt mit vielen sensiblen Überlegungen. Es resultiert daraus sogar eine eigene Umfahrung für die Platane. Das finden wir gut. Eine ähnliche Sorgfalt wäre unserer Meinung nach auch für die beiden Hecken beim Projekt "Pont Neuf" angemessen. Der zweite, grob mangelhafte Punkt ist die Verkehrsführung für den Veloverkehr auf der Brücke. Es ist allgemein bekannt, dass die heutige Verkehrsführung über die Kettenbrücke unbefriedigend oder sogar gefährlich ist. Ich erkläre das für diejenigen, welche es nicht gleich vor Augen haben: Wenn man auf der Kettenbrücke als Velofahrer Richtung Altstadt fährt, muss man, obwohl man ja eigentlich geradeaus fährt, links einspuren, und das vor dem nach rechts abbiegenden Autoverkehr. Ich habe eigentlich bis jetzt geglaubt, dass es sich dabei um ein Provisorium handle. Deshalb ist es schon überraschend, dass diese Verkehrsführung bei einem solch wichtigen Projekt beibehalten werden soll. Wir sind der Meinung, dass das nicht geht und das Projekt auch in diesem Punkt noch einmal überdacht werden sollte. Ich komme zum dritten Punkt: Bei einem doch ziemlich grossen Projekt sollte es üblich sein, etwas über den Gartenhag zu schauen und den Projektperimeter etwas weiter zu stecken, als nur um die eigentliche Baute herum. Bei dem vorliegenden Projekt müsste man mindestens folgende Punkte in eine Gesamtbetrachtung miteinbeziehen: zuerst eben einmal die schlechte Velosituation auf der Brücke; die Busspur, welche von der Erlinsbacherstrasse her kommt und aber noch nicht richtig funktioniert, weil sie unmittelbar vor der Einmündung endet; der Neubau des Kreisels von der Erlinsbacherstrasse her und die Abnahme des Verkehrs auf der Kettenbrücke dank dem Staffeleggzubringer. Der Sinn einer solchen verkehrsplanerischen Gesamtbetrachtung liegt darin, zwischen den einzelnen Problemlösungen Synergien zu schaffen. So könnte z.B. die separate Busspur bis über die Kettenbrücke weitergeführt werden. Das könnte sich als elegante Lösung für die beiden Probleme betr. Velo- und Bussituation erweisen. Es geht uns jetzt aber weniger darum, hier jetzt ganz spezielle Lösungen propagieren zu wollen, als vielmehr darum, eine

Gesamtbetrachtung bei diesem Projekt einzufordern. Diese sollte sich auch irgendwie in den Unterlagen abzeichnen. Vielleicht sind ja solche Überlegungen bereits angestellt worden, aber sie sind nirgends ersichtlich. Dies ist wirklich mangelhaft. Zum Schluss komme ich noch auf die Sache mit dem Kostenteiler zu sprechen: Ich habe wirklich gestaunt, dass die Stadt Aarau 30 % an das Gesamtprojekt bezahlen muss. Vor dem Hintergrund der sonst üblichen Kostenteiler ist das wirklich ziemlich viel. Ich habe Beispiele in der schriftlichen Begründung zum Rückweisungsantrag ja auch aufgeführt. Ich nenne ein Beispiel: Bei der Reussbrücke Gnadenthal musste sich die Gemeinde Stetten mit 3,8 % beteiligen. Zustande gekommen ist diese Art von Kostenteiler offenbar so, dass alle Spielräume im Kantonsstrassendekret zuungunsten der Stadt Aarau ausgelegt worden sind. In der Botschaft wird z.B. so getan, als ob laut Kantonsstrassendekret die Gemeinde die vollständigen Kosten für Fuss- und Radinfrastruktur zwingend übernehmen müsse. Das steht wirklich nicht so in diesem Dekret. Jetzt kann natürlich gesagt werden, der Kostenteiler sei ungünstiger für die Stadt Aarau als z.B. für die Gemeinde Stetten bei der Gnadenthalbrücke, weil die Stadt Aarau ja genug Geld habe. Das ist vielleicht nicht einmal so falsch, aber finanziell noch viel besser geht es der Strassenkasse bzw. dem Strassenfonds. Er macht jedes Jahr 250 Mio. Franken Umsatz. In den letzten vier Jahren hat er regelmässig einen Gewinn von 30 Mio. Franken pro Jahr erwirtschaftet. Der Fondsbestand beträgt mittlerweile 150 Mio. Franken. Speziell vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, dass der Kanton durchaus auch bei einem solchen Projekt grosszügiger sein könnte. Aus all diesen Gründen glauben wir, dass es dem Projekt guttäte, wenn es noch einmal überarbeitet würde. Wir bitten Sie deshalb, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Ueli Hertig: Da unsere Fraktion dem Rückweisungsantrag der Grünen nicht in allen Punkten zustimmen kann, aber der letzte Punkt, welchen Micha Siegrist aufgeführt hat, auch uns nicht gefällt, stelle ich ebenfalls einen **Rückweisungsantrag**. Das Gesamtprojekt gefällt uns, wir finden es richtig und gut, aber es könnte an den Kosten scheitern. Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

Der Stadtrat wird angehalten, den Kostenteiler für das Gesamtprojekt von 30 % für die Stadt Aarau und 70 % für den Kanton Aargau nochmals mit dem Kanton zugunsten der Stadt zu verhandeln.

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit liegen uns also zwei Rückweisungsanträge vor, über welche am Schluss auch separat abgestimmt wird. Ich eröffne deshalb die Diskussion zu beiden Rückweisungsanträgen und bitte alle, jeweils zu sagen, wie sie sich zu welchem Antrag äussern, damit wir vor der Abstimmung einen Überblick haben.

Beat Krättli: Bis auf die Hecken, die Bus- und die Velospur sind wir weitestgehend mit den Grünen und auch mit Pro Aarau einverstanden. Wir werden aber trotzdem den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Für einmal geht es uns auch um die Tierchen: Es geht uns um den Wurm, welcher in diesem Projekt drinsteckt. Wir möchten den Stadtrat dazu auffordern, das Projekt gesamthaft zu überdenken. In diesem Sinne wird die SVP-Fraktion die Rückweisungsanträge ablehnen.

Rainer Lüscher: Wir sind ebenfalls gegen beide Rückweisungen, denn uns passt der Umfang des vorliegenden Projektes nicht.

Jolanda Urech, Stadträtin: Es liegen Ihnen zwei Rückweisungsanträge zum "Pont Neuf" vor. Es ist ausführlich beschrieben worden, was die Brücke im Wesentlichen für die Stadt

bedeuten kann. Es ist ein imposantes Bauwerk geplant, welches eben mehr als eine Brücke darstellt. Die Stadt hat mit dem Kanton sehr lange und intensive Verhandlungen in Bezug auf das Projekt, aber auch der Kosten geführt. Auf der Grundlage des Wettbewerbs und des Siegerprojektes wurde versucht, ein Optimum für beide Seiten, also auch für die Stadt, herauszuholen. Wenn wir die Rückweisungen mit den vorgebrachten Punkten anschauen, dann muss einfach festgestellt werden, dass im Rückweisungsantrag von Herrn Siegrist Punkte enthalten sind, welche nicht unbedingt mit dem "Pont Neuf" zu tun haben. Wenn wir über die Verkehrsführung auf der Brücke für Bus- und Velo sprechen, dann ist das eigentlich eine betriebliche Frage, welche sich dort stellt. Man müsste also betriebliche Überlegungen anstellen, was immer noch getan werden kann, denn die Brücke ist einfach eine zur Verfügung stehende Fläche mit einem Anschluss auf beiden Uferseiten. Die Überlegungen haben wir mit dem Kanton zusammen ausführlich gemacht. Es stimmt, dass im Zusammenhang mit dem Projekt nicht alles in den Akten aufgelegt worden ist. Wir haben viele Überlegungen angestellt und verschiedenste Verkehrsführungen ausprobiert. Dabei mussten wir feststellen, dass man halt irgendeinmal, wenn man mit dem Velo Richtung Süden fährt, die Spur der zum Flösserplatz rechtsabbiegenden Fahrzeuge überqueren muss. Da kommt man als Velofahrer einfach nicht darum herum. Selbstverständlich könnte man sich da weitere Überlegungen machen, aber es hat, wie gesagt, nicht direkt etwas mit dem "Pont Neuf" als Projekt zu tun. Als weiteren Punkt wurden die Hecken genannt. Wenn man den "Pont Neuf" so haben möchte, dann ist er ohne Hecken, das ist richtig. Am entsprechenden Hang hat es eine Mauer, welche Teil dieses Projektes ist. Unten hat es eine Baumreihe, welche weiter Richtung Aareraum Ost geht und die Durchlässigkeit unter der Brücke gewährleistet, sodass eine gewisse Vernetzung stattfinden könnte. Sollte sich herausstellen, dass ein Ersatz für die Hecken gepflanzt werden muss, so wird der Stadtrat diesem Anliegen selbstverständlich Rechnung tragen. Aber wie gesagt, das Projekt "Pont Neuf" ist ohne diese Hecken. Entweder ist es dieses Projekt oder nicht. Ich komme noch zum letzten Punkt, dem Kostenteiler: Auch dort hätten wir einen sehr dicken Ordner auflegen können, was da alles in langwierigen Sitzungen verhandelt worden ist. Die Verhandlungen haben am Schluss dazu geführt, dass die verschiedenen Teile der Brücke und der beiden Aareufer unterschiedlich bewertet werden mussten. Es ging darum, was zu 100 % vom Kanton bezahlt werden muss, was nach dem Kostendekret mit 60 zu 40 % verrechnet wird und wo sich die Stadt einbringt, weil sie ganz spezifische Anliegen hat. Die Längsverbindungen sind z.B. ein solch spezifisches Anliegen. Sie sind eine eindeutige Verbesserung unter der Aarebrücke hindurch. Die Verbreiterung bewirkt, dass die Velofahrer und die Fussgänger mehr Raum zur Verfügung haben. Es gibt mehr Komfort. Die Rampe ist auch schon erwähnt worden. All diese Fahrbeziehungen für den Langsam- und den Fussverkehr werden mit dem Projekt eindeutig verbessert. Das ist der Stadt in diesem Zusammenhang auch etwas wert gewesen. Man darf nicht vergessen: Wenn die Brücke gebaut ist, dann hält sie auch wieder für eine lange Zeit. Man rechnet mit 80-100 Jahren. Stellen Sie sich diesen Zeitraum einmal vor. Man könnte sagen, es handle sich also auch um ein Zukunftsprojekt für folgende Generationen. Ich erinnere an die alte Kettenbrücke, welche von 1848-1949 dort stand und unser Stadtbild zierte. Sie bereitete vielen Generationen Freude. Auch heute kann festgestellt werden, dass alle noch von der alten Kettenbrücke sprechen, davon schwärmen und sie als architektonisches Meisterwerk loben. So will man nun nicht einfach einen simplen Brückenersatz bauen. Man hat eingesehen, dass es hier mehr braucht, nämlich eine städtebauliche Lösung, weil diese Brücke einen Zugang zu unserer Altstadt darstellt. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Projekt nicht zu unterschätzen und zu denken, es handle sich hier ja "nur" um eine Brücke. Es geht wirklich um mehr. Wie gesagt, wenn nicht das Projekt "Pont Neuf", sondern ein ganz simpler Ersatz der Brücke gebaut werden soll, und darauf kommen wir sicher noch zu sprechen, wenn wir auf das Geschäft eintreten, dann ist der ganze Bereich der Ufergestal-

tung auch nicht gelöst. Damit meine ich die Verknüpfung von Ost nach West, weil die bestehenden Widerlager genutzt werden müssten und die neue Brücke dann einfach ganz simpel auf diese Widerlager gestellt würde. Dort gäbe es keinen Spielraum für eine Erweiterung. Das ist ein grosser Entscheid. Der Stadtrat ist der Meinung, es handle sich um ein gutes Projekt. Auch der Kanton steht dahinter. Deshalb hat der Stadtrat a priori das Gefühl, hier sei eine Rückweisung eigentlich nicht das richtige, ausser der Einwohnerrat wäre der Meinung, dass der "Pont Neuf" grundsätzlich ein guter Ansatz sei, es aber noch die eine oder andere Frage gäbe, welche der Stadtrat vielleicht zu wenig ausführlich beantwortet habe und man noch genauere Auskünfte erhalten möchte. In diesem Falle müsste es aber ein grundsätzliches Bekenntnis zur Brücke "Pont Neuf" geben, andernfalls wäre eine Rückweisung auch nicht das richtige Vorgehen. Deshalb möchte ich Sie sehr bitten zu überlegen, ob es bei dieser Rückweisung wirklich auch um ein grundsätzliches Bekenntnis zu dieser Brücke geht, bei dem man anschliessend noch einige Sachen nachbearbeiten oder nachliefern könnte. Wenn Sie der Rückweisung nicht zustimmen, bitte ich Sie, in einem zweiten Schritt das vorliegende Projekt zu unterstützen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Uns liegen zwei Rückweisungsanträge vor. Meines Erachtens nach schliessen sich diese beiden inhaltlich bis zu einem gewissen Grad gegenseitig aus. Normalerweise würde man zuerst über den Rückweisungsantrag von Micha Siegrist abstimmen. Unabhängig vom Resultat würde anschliessend über den Rückweisungsantrag von Ueli Hertig abgestimmt. Dieser Rückweisungsantrag hat einen ähnlichen, aber spezifischeren Inhalt. Er ist nicht so weit gefasst. Nehmen wir an, beide Rückweisungsanträge würden eine Mehrheit hier im Rat erreichen, dann wäre der Stadtrat letztlich auch nicht so ganz sicher, was er zu tun hätte. Aus diesem Grunde schlage ich vor, dass wir die beiden Rückweisungsanträge gegeneinander zur Abstimmung bringen. Der eine dieser beiden Rückweisungsanträge kommt dann in die Rückweisungsschlussabstimmung, bevor wir zum Hauptantrag gehen. Ich möchte dieses Vorgehen noch einmal begründen: Der Rückweisungsantrag von Micha Siegrist umfasst eine Rückweisung zur Überprüfung mehrerer Punkte und beauftragt den Stadtrat etwas umfassender, gewisse Sachen neu vorzulegen. Der Antrag von Ueli Hertig ist eigentlich ein rein finanzpolitischer. Es geht um das nochmalige Aushandeln des Kostenverteilers zwischen Kanton und Gemeinde. Ich bin der Ansicht, dass sich diese beiden Anliegen letztlich etwas ausschliessen, denn es könnte tatsächlich eintreten, dass beide Rückweisungsanträge gutgeheissen würden. Dann würde ich vermutlich sagen, dass intern eine Ausmarchung stattfinden müsste. Deshalb können wir die beiden Anträge gleich jetzt schon gegeneinander antreten lassen. Gibt es gegen diese Abstimmungsauslegeordnung etwas einzuwenden? Das ist nicht der Fall. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung über die Rückweisungsanträge:

Rückweisungsantrag Micha Siegrist	<i>Das Geschäft "Ersatz der Aarebrücke durch Pont Neuf" soll zur Überarbeitung bzw. Neuverhandlung im Sinne der Begründung an den Stadtrat zurückgewiesen werden.</i>	4 Stimmen
-----------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

Rückweisungsantrag Ueli Hertig	<i>Der Stadtrat wird angehalten, den Kostenteiler für das Gesamtprojekt von 30 % für die Stadt Aarau und 70 % für den Kanton Aargau nochmals mit dem Kanton zugunsten der Stadt zu verhandeln.</i>	25 Stimmen
--------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

Der Rückweisungsantrag von Ueli Hertig hat obsiegt.

Schlussabstimmung über den Rückweisungsantrag von Ueli Hertig:

Der Einwohnerrat fasst mit 23 gegen 20 Stimmen folgenden

Beschluss

*Der Kredit von Fr. 8'900'000.00 (ohne Zuschlag des kantonalen Kreditrisikos) als städtischer Anteil für die Realisierung des Bauprojektes "Pont Neuf" wird an den Stadtrat **zurückgewiesen**.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

74. Aufwertung Aareraum Ost; Bauprojekt

Mit Botschaft vom 12. August 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge für die Realisierung des Bauprojekts Aareraum Ost einen Brutto-Baukredit von 3.6 Mio. Franken inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten, gutheissen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Nach dem Abstimmungsresultat beim letzten Traktandum würde es mir noch sinnvoll erscheinen, wenn jemand die Eintretensfrage stellen würde. Das Thema "Eintreten auf ein Geschäft" diskutieren wir im Einwohnerrat Aarau eigentlich überhaupt nie miteinander. Aber dieses Geschäft hat einen sehr engen Konnex mit dem vorhergehenden. Sie werden nun auch an derselben Sitzung behandelt und sind zusammen am 12. August an den Einwohnerrat überwiesen worden. Das hat Hintergründe. Es konnte auch im Protokoll gelesen werden, was Stadtrat Beat Blattner bei der letzten Beratung gesagt hat. Bestreitet jemand das Eintreten auf dieses Geschäft? Das ist nicht der Fall.

Werner Schib, Präsident der FGPK: Für das Geschäft sind der FGPK als Auskunftspersonen Stadtrat Beat Blattner und Stadtbaumeister Felix Fuchs zur Verfügung gestanden. Ich möchte aus der Diskussion das Folgende hervorheben: Es geht bei diesem Baukredit von brutto 3.6 Mio. Franken um die Verbesserung, um eine Aufwertung vom Aareraum Ost, am südlichen Aareufer von der Kettenbrücke bis kurz nach dem Zurlindensteg. Die heutige Situation präsentiert sich dort so, dass es zum Teil gefährliche und kritische Stellen gibt. Die Zahl der Nutzer (Spaziergänger, Velofahrer, Skater, Gäste der Schwanbar etc.) ist zum Teil sehr gross - zu gross für die heute bestehende Infrastruktur. Oder anders gesagt: Der Weg ist zu schmal. Ein wesentlicher Punkt des Projekts ist deshalb die Verbreiterung des Fuss- und Fahrwegs. Verbesserungen vom Fuss- und Fahrweg sind so oder anders nötig, besonders auch im Bereich der Platane am Aareufer. Neben der Optimierung des Fuss- und Fahrwegs würde auch für die Sommergastronomie ein definitiver und zonenkonformer Standort geschaffen, sodass theoretisch eine ganzjährige Gastronomie möglich wäre. Das Projekt hätte schliesslich auch zur Folge, dass der Parkplatz Mühlematt aufgehoben würde. Weil es genug andere Parkierungsmöglichkeiten gibt, ist für den Stadtrat der Verzicht auf den Parkplatz vertretbar. Die Auskunftspersonen haben schliesslich auch darauf hingewiesen, dass das Projekt Aareraum Ost und der Neubau der Aarebrücke "Pont Neuf" selbstverständlich aufeinander abgestimmt werden sollen. Schnittstellen sind vorhanden und es wäre sicher sinnvoll, beide Projekte koordiniert zu realisieren. Es sind aber zwei verschiedene Projekte, die unabhängig voneinander gebaut werden können. In der Schlussdiskussion ist sich die FGPK nicht einig geworden. Für eine Mehrheit der FGPK ist klar, dass die heutige Situation unbefriedigend ist, dass also etwas getan werden muss. Das Projekt bietet einen hohen Mehrwert für die Bevölkerung. Das Naherholungsgebiet an der Aare hat einen hohen Stellenwert für ein lebenswertes Aarau. Das Projekt überzeugt und das Bedürfnis ist sicher vorhanden. Eine Minderheit lehnt den Baukredit ab, dies hauptsächlich mit dem Argument, dass die gegenwärtige finanzielle Situation der Stadt eine solche Investition nicht zulässt. Wenn man auf das Bauvorhaben verzichten würde, würde der Bevölkerung nichts fehlen. Ein solches Nice-to-have-Projekt können wir uns

schlicht nicht leisten, so die Minderheit in der FGPK. Die FGPK empfiehlt Ihnen mit 6:3 Stimmen, das Geschäft anzunehmen.

Lelia Hunziker: Nice to have oder need to have – das ist die Frage. Braucht Aarau einen aufgewerteten Aareraum oder nicht? Ist es purer Luxus oder nicht? Aarau liegt an der Aare – darum heisst es ja auch Aarau. Es gab Sommerbeizen auf der Vogelinsel, es gab das Aargrandissimo mit den Beizen auf La Rampa, es gibt das Summertime und die Schwanbar. Die Menschen zieht es an die Aare. Verglichen mit anderen Städten an Flüssen führt die Aare in Aarau trotzdem ein stiefmütterliches Dasein. Das Flussbaden – obwohl es wunderbare Flussbadis gab – hat in Aarau wenig Tradition. Von der Stadt her an die Aare zu kommen, scheint manchmal fast eine Weltreise zu sein. Aarau orientiert sich nicht sehr der Aare zu. Und trotzdem zieht es die Menschen an die Aare. An schönen Tagen wie gestern sind die Uferwege voll, die Grillplätze und die Treppenstufen rund um das Summertime sind belegt und heiss begehrt. Ein mediterranes Leben macht sich breit. Und nun soll der östliche Aareraum auch aufgewertet werden. Ist das nun Luxus? Ist es Luxus, der Bevölkerung ein attraktives Naherholungsgebiet zu bieten? Ist es überhaupt Luxus, Aarau attraktiv zu machen? Nun, darüber lässt sich wahrlich streiten. Letzten Sommer beobachtete ich einige heikle Situationen: Biker, Jogger, Spaziergänger, Familien mit kurvenden Kindern benutzten den Weg bei der Schwanbar. Dazu kamen noch die Gäste der Schwanbar. Es gab gefährliche Situationen und Unfälle: Ein kleiner Junge wurde von einem Biker angefahren und mittelschwer verletzt. Die Schwanbar wird von allen geliebt und geschätzt, aber wer mit kleinen Kindern, eingeklemmt zwischen Strasse, Weg und Aare, sitzt, dessen Adrenalinpegel ist hoch. Die Menschen wollen an die Aare, also macht es Sinn, die Infrastruktur für dieses Bedürfnis zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht Luxus, das ist nötig. Die Schnittstelle zum "Pont Neuf", wenn er dann kommt, ist wichtig und muss gemacht werden, ein neuer Übergang über die Mühlemattstrasse auch. Die Aufschüttung und der Einbezug der Stadtaue würden diesen hochfrequentierten Ort auflockern. Der Lärmschutzwall macht Sinn. Alles need to have, nicht nice to have. Deshalb: Gebt den Aarauern die Aare. Die Fraktion Grüne/JETZT! wird dieses Projekt unterstützen. Es ist ein gutes Projekt für die Aare, den "Pont Neuf", die Bevölkerung und den Standort Aarau.

Antonia Lüscher: "Wasser prägt den Namen unserer Stadt. Wasser prägte und prägt auch das Leben in unserer Stadt (...). Wasser wird zum Markenzeichen von Aarau." Das Zitat stammt aus dem Dossier "Denkanstösse – Aarau Morgen". Wer in Aarau ist, kommt nicht um das Thema Wasser herum. In dem Sinne begrüsst unsere Fraktion die Investition in das Bauprojekt "Aufwertung Aareraum Ost". Der Uferbereich ist naturnah gestaltet und die Stadtaue bildet neuen Lebensraum für Tiere und Aufenthaltsraum für Menschen. Die Nähe der Stadt zum Fluss ist ein Stück Lebensqualität der Bevölkerung. Die Aare ist ein hochwertiger Erholungsraum im Siedlungsgebiet und wird von den Bewohnern und Bewohnerinnen das ganze Jahr über aufgesucht. Die Aare trägt wesentlich zur Ausstrahlung der Stadt bei. Die Stadt Aarau gibt jährlich einen hohen Betrag für den Unterhalt von Strassen und Belagssanierungen aus. Der Eingriff in den Aareraum Ost generiert nach der Neugestaltung keine zusätzlichen Betriebskosten. Die Stadt investiert in ihr Anlagevermögen. Der Aareraum Ost und West ist im Besitz der Stadt und trägt u.a. zum Wohlbefinden der Aarauern bei. Die Planer haben gute Zusammenarbeit mit den Fachstellen und den Nutzern, wie zum Beispiel der Schwanbar, geleistet. Das Projekt stösst von allen Seiten auf Zustimmung und geht auf mehrere Bedürfnisse der Bevölkerung ein. So entspannt z.B. die Verbreiterung des Philosophenweges die engen Platzverhältnisse. Der gefährliche Veloweg auf der Mühlemattstrasse wird aufgehoben und neu als Fahrstreifen neben dem Philosophenweg geführt. Die Anschlüsse für eine nachträgliche WC-Anlage werden gemacht. Wir bedauern einzig, dass der Pla-

nungserimeter vor dem Zurlindensteg aufhört und keine Anbindung an das Telliquartier stattfindet. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates für die Bewilligung von 3,6 Mio. Franken für das Bauprojekt Aareraum Ost einstimmig zu.

Lukas Häusermann: Die CVP-Fraktion sieht im Projekt Aareraum Ost eine erhebliche Steigerung der Landschaftsqualität und damit auch den nötigen Mehrwert für die Bevölkerung der Stadt Aarau, den es für die Realisierung dieses Projektes braucht. Wir Ökonomen denken hier vielleicht mehr an das Kosten-/Nutzenverhältnis und weniger an das konkrete Verhältnis, ob es das brauche oder nicht. Die CVP sagt Ja zum Realisierungskredit, weil wir wollen, dass auch der Aareraum Ost zum Verweilen einlädt und nicht nur eine Verbindungsstrecke zwischen Stadt und Telliquartier ist. Diesem Umstand wird mit der neuen Wegführung hervorragend Rechnung getragen. Die CVP sagt Ja zum Projekt, weil damit auch die Infrastruktur für die Schwanbar verbessert wird und diese beliebte Restaurationsmöglichkeit bestehen bleibt. Und schliesslich sagt die CVP Ja, weil mit den Bundesbeiträgen, die sehr wahrscheinlich kommen, die Nettoverpflichtung für die Stadt erheblich tiefer ist, als der heute beantragte Verpflichtungskredit. Wir freuen uns auf ein ebenso eindrückliches und wirkungsvolles Projektergebnis, wie damals beim Aareraum West.

Christian Dubs: Ich möchte unser Fraktionsstatement mit einem Zitat aus der Botschaft des Stadtrates zu diesem Geschäft beginnen: Unter Punkt 4.2 werden dort die Vertreter der kantonalen Abteilungen Landschaft und Gewässer sowie Jagd und Fischerei mit folgenden Worten zitiert: "Mached öppis rächts, nid schmörzele!" Ich gehe davon aus, dass "öppis rächts" aus obigem Zitat nicht im politischen Sinn zu verstehen ist, denn die implizite Aufforderung, hemmungslos und verschwenderisch mit Steuergeldern umzugehen, deutet eher auf eine ganz klar linke Position hin. Und genau so kommt auch das ganze Projekt daher: Nur das Teuerste und das Beste sind gut genug. Was es kostet, spielt überhaupt keine Rolle. Ich habe geglaubt, im Auenschutzpark Aarau gäbe es genügend schützenswerte Auen. Aber nein, es muss jetzt auch noch eine explizit so genannte Stadtaue für 3,6 Mio. Franken hingeklotzt werden. Dabei stört mich nicht einmal das Projekt selbst. Es ist eindeutig ein tolles Projekt und es verwundert mich auch nicht, dass der Verein Schwanbar dem Ganzen sehr positiv gegenüber steht. Hoffentlich auch, denn nur so kommt er gratis und franko zu einer wunderschönen, parkähnlichen Umgebung für seine Beiz. Nur trägt das Bekenntnis des Vereins Schwanbar nicht viel zur objektiven Meinungsbildung bei. Logischerweise ist der Verein in dieser Angelegenheit befangen. In Anbetracht der momentan prekären Finanzlage der Stadt Aarau ist das Projekt Aareraum Ost einfach nicht zu realisieren. Wenn wir zu diesem sehr teuren, absolut nicht dringlichen Projekt jetzt Ja sagen, führen wir die ganzen Stabulo-Prozesse ad absurdum. In diesen versuchen wir, das Geld regelrecht zusammenzukratzen, dort noch 5'000 Franken einzusparen und hier noch 10'000 Franken. Und wozu? Nur, um auf der anderen Seite das Geld im grossen Stil mit solchen Luxusprojekten mit vollen Händen wieder auszugeben? Das kann nun wirklich nicht der Sinn der Sache sein. Ich sage es nochmals, wir haben nichts gegen das Projekt an sich, aber es darf erst dann ins Auge gefasst werden, wenn die Stadt Aarau dereinst vielleicht wieder einmal nicht mehr weiss, wohin sie mit dem Geld soll. Solange dies nicht der Fall ist, belassen wir es doch mit der momentanen Lösung des Aareraums Ost. Diese ist nämlich auch sehr idyllisch und tritt, wie es in der Botschaft des Stadtrates eingangs heisst, bereits jetzt schon ziemlich naturnah in Erscheinung. Was wollen wir noch mehr? Wir von der FDP-Fraktion schicken deshalb das Bauprojekt Aareraum Ost ganz klar im wahrsten Sinne des Wortes "bachab".

Thomas Richner: Es war zu erwarten, dass hier die Meinungen ein wenig auseinander gehen. Für uns ist dieses Projekt nice to have, aber absolut nicht nötig. Das Projekt gehört aus der Sicht der SVP-Fraktion klar in die Kategorie Luxus. Bereits bei der Debatte um den Projektierungskredit am 18. Oktober 2010 wurde der Antrag der FDP, den Projektierungskredit aus dem Budget zu streichen mit 25 zu 23 Stimmen nur sehr knapp abgelehnt. Es war ein klares Zeichen schon damals, dass viele nicht gewillt sind, so viel Geld für solche, Zitat "Luxuselemente" auszugeben. Damals sprachen wir übrigens noch von 2,5 Mio. Franken, heute reden wir über einen Bruttobaukredit von bereits 3,6 Mio. Franken. Das Gebiet Aareraum Ost wird heute schon stark frequentiert und die Leute geniessen diesen Raum. Nun soll mit viel Geld etwas mehr Natur geschaffen werden, z.B. Stadtauen. Wer wirklich Auen sucht, der findet im Stadtgebiet schon jetzt sehr viele. Es hat sehr schöne solche Gebiete und die Auen können dort angeschaut werden. Im Projekt sollen auch die Parkplätze Mühlematt aufgehoben werden. Dies ist den Bestrebungen entgegengesetzt, eine belebte Altstadt zu haben und das Gewerbe in der Altstadt zu behalten. Wenn diese Parkplätze aufgehoben werden, fällt eine weitere Möglichkeit weg, nahe an der Altstadt parkieren und dort einkaufen zu können. Natürlich haben wir Parkhäuser, aber es gibt viele Leute, die nicht gerne in ein Parkhaus fahren, und gerade für die ist der Parkplatz Mühlematt eine willkommene Parkmöglichkeit. Wenn die Altstadt leben soll und die Stadt Aarau wachsen will, dann darf dieser Parkplatz nahe bei der Altstadt, beim Schlössli und beim KUK nicht auch noch aufgehoben werden. Finanziell fallen 70'000 Franken an Parkgebühren und – wenn man es rechnen will – etwa 200'000 Franken an Ertragszinsen auf dem Kapital weg. Das sind also gut 250'000 Franken weniger Einnahmen pro Jahr wegen diesem Projekt. Für so viel Geld wird in Stabulo 2 sicher lang über Reduktionen diskutiert. Also, das Projekt ist unnötig, teuer und reduziert Einkommen. Es ist eines der Projekte auf der viel zu grossen Liste der Investitionen, das im Moment getrost weggelassen oder zumindest weit hinten in der Schublade versorgt werden kann, ohne dass irgendjemand dadurch eine grosse Einbusse hätte. Wir müssen bei den Investitionen endlich Prioritäten setzen. Dieses Projekt hat keine Priorität. Daher lehnt die SVP-Fraktion den Baukredit einstimmig ab.

Alexander Umbricht: "Lebensqualität: durch bestimmte Annehmlichkeiten (wie saubere Umwelt, humane Arbeitsbedingungen, grosszügiges Freizeitangebot) charakterisierte Qualität des Lebens, die zu individuellem Wohlbefinden führt." Das ist ein Zitat aus dem Duden. Vor einiger Zeit habe ich das Wort "Lebensqualität" selber definieren müssen. Eigentlich ist das gar nicht so schwierig. Jede und jeder von uns hat vermutlich eine klare Vorstellung davon, was Lebensqualität ist. Gleichzeitig verstehen wir wohl alle – zumindest teilweise – etwas anderes darunter: Für die einen ist es z.B. Lebensqualität, kein Auto zu haben, für andere können es nicht genug Autos sein. Wie auch immer: Das erste, was ich über Lebensqualität herausgefunden habe, ist, dass das Wort selbst überraschend jung ist. Der Duden hat das Wort Lebensqualität das erste Mal offiziell aufgeführt, als ich geboren worden bin. Das ist kein Witz, allenfalls Zufall, und alle, welche 1980 geboren worden sind, können dasselbe behaupten. Zurück zur Lebensqualität: Was bringt einer Stadt eine hohe Lebensqualität? Die Zeitschrift Bilanz untersucht das jährlich in allen Gemeinden mit über 10'000 Einwohnern. Letztes Jahr waren das 143 Gemeinden. Erste Überraschung: Der Steuerfuss ist nicht das allein glücklich machende Kriterium, obwohl ich genau das nach fast vier Jahren im Einwohnerrat schon fast angefangen habe zu glauben. Nein, die Steuerattraktivität wird zuerst noch mit der Kaufkraft und den Krankenkassenprämien verrechnet. Und es wird noch schlimmer: Anscheinend ist das verrechnete Ding nur eine Kategorie unter vielen. Wichtig sind anscheinend auch so Sachen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Freizeit und Erholung. Hm, ich bin verwirrt. Na ja, ein Projekt wie die Aufwertung vom Aareraum Ost gehört wohl in den Bereich

"Erholung". Und wie schneidet da Aarau innerhalb der rund 140 untersuchten Gemeinden ab? Im Jahr 2011 war es Rang 45, 2012 Rang 50 und 2013 Rang 51. Rang 45, 50, 51? Doch wie erkläre ich jetzt Lebensqualität? Das ist überraschend einfach, wenn jemand Aarau, und im Speziellen den Aareraum West, kennt. Zugegeben, als ich vor Jahren das erste Mal gelesen habe, wie viel Geld die Stadt für die Aufwertung des Aareraums West ausgeben will, habe ich tatsächlich gedacht: Jetzt spinnen sie endgültig. Was soll denn das, es ist ja bereits grün? Und dann ist gebaut worden. Der nächste Sommer ist gekommen und ich habe herausgefunden: Die spinnen ja doch nicht. Das ist ja unglaublich, wie viele Leute jetzt plötzlich den Erholungsraum an der Aare nutzen: vom Kleinkind bis zum Greis, quer durch alle Schichten und Kulturen. Selbst der Einwohnerrat hat auf Einladung des Präsidenten einmal stundenlang den Aareraum West genossen. Kolleginnen und Kollegen aus Zürich, Bern, Wohlen usw. sind ernsthaft begeistert vom Aareraum West und gehen mit einem sehr positiven Bild von Aarau wieder heim. Werte Anwesende, das ist sichtbar gewordene Lebensqualität für unzählige Leute. Jetzt bietet sich die Chance, das Gleiche im Aareraum Ost zu erreichen: mehr Lebensqualität, mehr Aushängeschild, mehr Freude, aber nicht mehr laufende Kosten; eine vertretbare Investition, aber keine wiederkehrenden Betriebskosten. Damit die Investitionskosten aber auch wirklich vertretbar bleiben, ist es der Fraktion Pro Aarau-EVP/EW-GLP wichtig, folgendes anzumerken: Auf eine Etappierung ist zu verzichten. Es gibt keinen Grund, sinnlos 300'000 Franken mehr auszugeben. Genauso ist in jedem Fall, also auch bei einer vorteilhaften Bauvergabe, auf die Option 2 zu verzichten. Die Mehrleistung Kalkstein anstatt Granit ist unnötig und lässt sich finanziell nicht rechtfertigen. Zudem, und unabhängig vom hier besprochenen Projekt, würden wir uns über genügend breite Wege für Fussgänger und Velofahrer im ganzen Aareraum freuen, also auch im fernen Osten, d.h. östlich vom östlichen Aareraum. Die Fraktion vorne rechts in diesem Saal steht einstimmig hinter dem Projekt Aareraum Ost, auch wenn diese Fraktion im Moment genau genommen sitzt. Gönnen wir den Aarauern und Aarauern doch ein wenig mehr Lebensqualität.

Beat Blattner, Stadtrat: Ich möchte zuerst kurz auf zwei Sachen eingehen, bei denen es mir notwendig erscheint, sie zu klären: Erstens hört der Planungssperimeter, welcher beim Aareraum Ost angegeben ist, vom Westen her nicht vor der Kreuzung Philosophenweg und Zurlindensteg auf, sondern nachher. Die Kreuzung ist im Perimeter enthalten. Wir haben dort ein Sicherheitsproblem geortet. Wenn man selber dort mit dem Velo durchgefahren ist, begegnete man diesem Problem sicher auch hin und wieder. Dieses Problem kann gelöst werden. Weiter unten ist es schwierig wegen der engen Verhältnisse zwischen privaten Liegenschaften und der Aare, welche Konzessionsbereich der Axpo ist. Zudem ist das vorliegende Projekt aus dem Gesamtprojekt Lungo Aare heraus entstanden. Wer wie ich schon etwas länger in der Politik hier in Aarau mit dabei ist, mag sich vielleicht noch daran erinnern, dass das Projekt Lungo Aare vom Süffelsteg bis zum Zurlindensteg ging, und zwar nördlich und südlich der Aare. Als zweiten Punkt möchte ich noch darauf hinweisen, dass im Agglomerationsprogramm AareLand die 1,2 Mio. Franken eingestellt sind. Die sind also nicht einfach einmal so vom Stadtrat beantragt worden, sondern sind tatsächlich eingestellt. Wir werden die Gelder auch erhalten, allerdings nur bei einer Realisierung des Projektes im Zeitraum 2015-19. Natürlich könnten sämtliche Gründe, welche für dieses Projekt sprechen, noch einmal wiederholt werden. Ich versuche, das in einer abgekürzten Form und möglichst pointiert zu machen. Ob es Luxus ist und was Luxus denn heisst und die politische Einschätzung, ob es nice oder nicht nice to have sei, kann natürlich verschieden beurteilt werden. Es hat nichts mit links und rechts zu tun, sondern es geht einfach um ein Bauprojekt. Die Frage stellt sich dann, wie man es einschätzt, ob das Projekt für eine Stadt wie Aarau etwas Gutes sei oder nicht und ob es das wert sei, entsprechend Geld dafür auszugeben, was den Menschen gefalle und ihnen gut tue in

ihrer Frei- und Erholungszeit. Ich habe letzthin in der Zeitung gelesen, dass der Kanton Aargau einen Wanderungszuwachs an Firmen habe. Wenn man unsere Wirtschaftsfachstelle fragt, dann erhält man folgende Antwort: Wenn eine Firma einen anderen Standort evaluiert, sucht man sich einen Ort, der bspw. gute Verkehrsverbindungen hat. Der Bahnhof Aarau spielt hier eine sehr wichtige Rolle, z.B. auch bei einem Betrieb, welcher demnächst mit 300 Arbeitsplätzen nach Aarau kommen wird. Sie wissen, von welchen Arbeitsplätzen ich da spreche. Aber eine solche Attraktivität einer Stadt macht eben vielleicht nicht nur z.B. der öV oder der private Motorfahrzeugverkehr aus, sondern halt vielleicht eben auch die Naherholung. Naherholung heisst hier nicht Naturschutz. Der Aareraum ist kein Naturschutzprojekt. Das möchte ich klar festhalten. Der Aareraum ist ein naturnahes Projekt, in welchem der Mensch aber eine ganz wichtige Funktion haben soll. In den Naturschutzgebieten ist das nicht so. Dort drängt man den Menschen zurück. Hier holt man den Menschen genau dorthin, wo eigentlich die Natur, sogar hier im städtischen Raum, noch Platz hat. Man muss sich schon bewusst sein, dass wir alle erfreut gewesen sind, als man sah, dass auf der Südseite der Mühlemattstrasse jetzt schon gebaut wird, und zwar ganz nahe beim Hotel Kettenbrücke. Auch auf dem Areal des Hotels wird ja dann noch gebaut. Demnächst wird möglicherweise auch rund um das Teehaus gebaut, also genau auf der Südseite der Mühlemattstrasse bzw. auf der Ostseite unseres Projektperimeters, nämlich dort, wo die Stadt Aarau bei der Entwicklung des Areals auch mitbeteiligt gewesen ist. Dort kann demnächst eine weitere Wohnsiedlung entstehen. Das finden wir alle eigentlich auch gut. Diese Bautätigkeiten akzentuieren die südliche Mühlemattstrasse und rufen danach, einen gewissen Zwischenraum zur Aare zu schaffen, wo dann das Wasser kommt. Das ist übrigens auch ein Grund, weshalb der Stadtrat der Meinung ist, der Parkplatz sollte aufgehoben werden. Wir glauben, die Effizienz der Parkplätze werde dadurch verbessert und die Verluste, welche hier prophezeit wurden, seien zumindest nicht so gross oder relativ rudimentär. Zudem stellt dieser Parkplatz eigentlich eine Zäsur zwischen der West- und Ostseite selber dar, weil er dazwischen praktisch keinen Raum mehr lässt. Es ist dort etwas wie ein Würgegriff. Der Stadtrat hat entschieden, diesen Parkplatz deshalb aufzuheben. Ich erinnere an die Entwicklungsleitbilder Wasser und Energie oder an das Freiraumkonzept. In diesem ist der Aareraum Ost und der Aareraum West enthalten. Der Aareraum West ist eines der Beispiele, von denen die Stadt Aarau zu sich selber sagen kann, sie habe etwas Kluges gemacht. Dort schaut übrigens noch relativ viel Geld pro Jahr durch die Pacht heraus. Selbstverständlich gehen wir nicht von der gleichen Grösse eines Restaurationsbetriebes beim Aareraum Ost aus, aber wir stellen nur die Grundinfrastruktur bereit, z.B. den Kiesplatz und den Wasseranschluss. Damit hat es sich. Wir beteiligen uns nicht an einer Beiz. Alles, was im Aareraum West steht, gehört dem Restaurateur dort. Die Stadt hat einen Fünfjahresvertrag mit ihm abgeschlossen, damit sich seine Investition lohnt, aber die Stadt ist nicht Eigentümerin eines Restaurants. Das wäre auch nicht unsere Kernaufgabe. Die Frage der hohen Kosten hat den Stadtrat auch etwas beschäftigt. Aber als er zusammengezählt hat, was eigentlich alles die Kosten ausmacht, hat der Stadtrat geschaut, worauf eigentlich verzichtet werden könnte. Wir hoffen, auf gewisse Bauten in der Aare verzichten zu können. Wenn das Kraftwerk endlich einmal erstellt ist, hoffen wir, dass die Schwemmverhältnisse so sind, dass mit einem kräftigen Hochwasser aus der Emme der Sand wieder fortgespült wird. So könnten diese Bauten und damit eine Viertel Mio. Franken gespart werden. Alle anderen Teile müssen aber sein, wenn wir das Ganze zu einem Bild herstellen wollen, das bei den Menschen nachher Zustimmung findet. Es war selbstverständlich nicht das Ziel des Stadtrates, möglichst hohe Kosten zu erzeugen. Das wird jetzt zwar hier behauptet, ist aber wirklich nicht so. Es fällt einem als Stadtrat ja auch immer ein bisschen schwer, wenn man hier vor dem Einwohnerrat antreten und sagen muss, dass man einmal mit 2,5 Mio. Franken gerechnet hat und jetzt bei 3,6 Mio. Franken gelandet ist. Wir hoffen einfach, dass wir mit diesen 1,2

Mio. Franken vom Agglomerationsprogramm und dem für die Stadt verbleibenden Teil etwas Gutes bekommen. Wir glauben auch, dass wir zumindest mit den Unterhaltskosten in diesem Bereich etwas günstiger kommen könnten und wir auch etwas an die letzten, verbleibenden "Schäden" aus der Parkplatzaufhebung erhalten. Insofern würde sich der Stadtrat freuen, wenn Sie das Projekt unterstützen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Für die Realisierung des Bauprojekts Aareraum Ost wird ein Brutto-Baukredit von 3.6 Mio. Franken inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger teuerungsbedingter Mehrkosten, gutgeheissen.

Thomas Richner: Nachdem die Verhältnisse bei der Abstimmung so knapp waren, stelle ich den **Antrag auf obligatorisches Referendum**, also den Antrag, das Geschäft einer Urnenabstimmung zu unterwerfen. Nach § 5 der Gemeindeordnung kann der Einwohnerrat darüber abstimmen. Bei einer Annahme meines Antrags wird das Geschäft dem Volk in einer Urnenabstimmung unterbreitet.

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit liegt ein Antrag auf obligatorisches Referendum vor. In § 5 der Gemeindeordnung heisst es wie folgt: "Alle übrigen positiven oder negativen Beschlüsse des Einwohnerrates sind der Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn es mindestens ein Zehntel der Stimmberechtigten innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung verlangt oder wenn es der Einwohnerrat bis unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschliesst." Ein solcher Antrag liegt uns nun vor. Jetzt ist die Frage, ob dazu die Diskussion gewünscht wird oder nicht. Der Antrag ist klar rechtzeitig eingegangen. Er muss nach der Schlussabstimmung gestellt werden. Wir stimmen offen darüber ab, es gilt das einfache Mehr. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag auf obligatorisches Referendum:

*Der Antrag, das Geschäft sei dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, wird mit 22 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.*

Der Beschluss des Einwohnerrates unterliegt somit gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

75. Stabulo 2, Gewährung eines Investitionskredites für externe Abklärungsaufträge

Mit Botschaft vom 26. August 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge einen Investitionskredit in der Höhe von 470'000 Franken für die Vornahme verschiedener Abklärungsaufträge im Rahmen des Projekts Stabulo 2 gutheissen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Von der SP-Fraktion liegen uns drei **Abänderungsanträge** vor mit folgendem Wortlaut:

Abänderungsantrag 1: *Auf den Auftrag 3, "Aufgabenteilung Kultur mit der Ortsbürgergemeinde" sei zu verzichten. Der Kredit sei um 50'000 Franken zu reduzieren.*

Abänderungsantrag 2: *Auf den Auftrag 5, "Standards im Bereiche Bildung und FuSTA" sei zu verzichten. Der Kredit sei um 50'000 Franken zu reduzieren.*

Abänderungsantrag 3: *Der Auftrag 10, "Überprüfung der Hydrantengebühr der Feuerwehr" sei verwaltungsintern zu erfüllen. Der Kredit sei um 10'000 Franken zu reduzieren.*

Mario Serratore, Sprecher der FGPK: Die FGPK hat an ihrer vorletzten Sitzung über Stabulo 2 diskutiert. Als Auskunftsperson hat Stadtpräsident Marcel Guignard zur Verfügung gestanden. Die Auskunftsperson hat einleitend erläutert, dass der Stadtrat die externe Projektleitung bei der Firma BHP Hanser und Partner AG in Auftrag gegeben hat. Die Experten haben ein Vorgehen in drei Phasen vorgeschlagen. Phase A: Voranalyse und Triage der vertieft zu prüfenden Bereiche; Phase B: Detailanalyse und Massnahmenkonzeption; Phase C: Konsolidierung Massnahmenpaket Stabulo 2. Für die Phase B, also für die Detailanalyse und für die Massnahmenkonzeption, ist der vorliegende Kredit notwendig. Aus der Kommission wurde die Frage gestellt, ob die Massnahmenvorschläge mit den betroffenen Personen im Voraus thematisiert worden sind. Die Auskunftsperson erläuterte, dass die Firma BHP nach einem Instruktionsgespräch mit den Mitgliedern des Stadtrates und den Abteilungsleitern Gespräche geführt hat. Die Erkenntnisse wurden in einem Bericht zusammengefasst und den beiden zuständigen Gremien, in denen auch der Einwohnerrat vertreten ist, vorgestellt. Die Abteilungsleiter seien also grundsätzlich im Bild. Es wurde zudem den Mitgliedern der beiden Gremien noch ermöglicht, Bemerkungen zum Bericht der BHP zu machen. Aufgrund aller Stellungnahmen hat der Stadtrat die vorliegende Botschaft an den Einwohnerrat verabschiedet. Die Auskunftsperson hat weiter erläutert, dass in der Phase B die gelb markierten Vorschläge aus der Beilage zur Botschaft bearbeitet werden sollen. Weil aber unterschiedliches Expertenwissen notwendig ist, wurden thematische Gruppen gebildet (Aufträge 1-10). Innerhalb dieser Gruppen werden alle gelb klassierten Vorschläge zur Effizienzsteigerung überprüft. Offerten für die Expertenaufträge liegen noch keine vor, die Kreditbeträge wurden durch die Firma BHP aufgrund bestehender Erfahrungen geschätzt. Die Firma BHP wird den Stadtrat beim

Einholen der Offerten bei den entsprechenden Experten unterstützen. Zum Auftrag 3, Aufgabenteilung Kultur mit der Ortsbürgergemeinde, wurde aus der Mitte der Kommission festgestellt, dass der Auftrag des Stadtmuseums sehr vielfältig ist und sich nicht nur auf Ausstellungen beschränkt. Die verschiedenen Mitarbeiter nehmen sehr unterschiedliche Aufgaben wahr. Es wird deshalb nicht verstanden, weshalb das Stadtmuseum zur Ortsbürgergemeinde ausgelagert werden soll. Es stellt sich zudem die Frage, was die Ortsbürgergemeinde dazu meint. Die Auskunftsperson erläuterte, dass die Ortsbürgergemeinde, im Gegensatz zur Einwohnergemeinde, von Gesetzes wegen einen Kulturauftrag hat. Eine mögliche neue Aufgabenteilung erscheint dem Stadtrat überprüfenswert. Es sind letztendlich verschiedene Varianten wie z.B. Synergien in der Administration, Beitragsleistung etc., denkbar. Bisher wurde grundsätzlich darauf geachtet, dass sich nur entweder die Ortsbürgergemeinde oder die Einwohnergemeinde bei einem Projekt finanziell engagiert. Es ist aber klar, dass allfällige Verschiebungen zur Ortsbürgergemeinde von dieser genehmigt werden müssen. Zu Auftrag 5, Standards im Bereich Bildung und FuSTA, insbesondere zur Prüfung einer Erhöhung der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse, wurde aus der Mitte der Kommission bemerkt, dass bereits heute die Lehrkräfte durch grosse Klassen belastet sind. Bei einer integrativen Schulung sollte man eher in die gegenteilige Richtung gehen. Im Bereich der Musikschule wurde über einen Benchmark mit anderen Gemeinden auch schon diskutiert, und die Überprüfung von FuSTA wurde mit einer Motion, welche in der Zwischenzeit überwiesen wurde, bereits eingeleitet. Diesbezüglich macht es keinen Sinn, eine weitere Abklärung einzuleiten. Die Auskunftsperson erläuterte, dass bezüglich FuSTA selbstverständlich nicht zwei Abklärungen gemacht werden müssen. Für FuSTA sollen primär die mit der Motion bewilligten Mittel eingesetzt werden. Im Auftrag 5 sind aber noch weitere Abklärungen vorgesehen. Es geht darum, vorerst mögliche Kostensenkungspotenziale zu ermitteln. Es ist klar, dass danach politisch entschieden werden muss, welche Massnahmen umgesetzt werden sollen. Aus der Mitte der Kommission wurde festgehalten, dass ein allfälliges Sponsoring bei der Kadettenmusik nicht dazu führen darf, dass damit noch zusätzliche Auftritte verbunden sind. In der Regel ist es so, dass Sponsoren eine Gegenleistung verlangen. Zu Auftrag 6, Überprüfung Defizitbeitrag Spitex, wurde seitens der Kommission bemerkt, dass gemäss Gesundheitsgesetz die öffentliche Hand Leistungen an die Spitex erbringen muss. Es stellt sich die Frage, was der erwähnte Defizitbeitrag alles umfasst. Vermutlich kann nur bei den Verwaltungskosten gespart werden. Die Auskunftsperson erläuterte, dass es nicht darum gehen kann, gesetzliche Leistungen nicht mehr zu erbringen. Zu Auftrag 7, Überprüfung Standard Informatik, wollte die Kommission wissen, was der Hintergrund dieser Abklärungen ist. Zudem interessierte die Kommission, ob die Frage der kantonalen Steuerlösung ebenfalls in diesen Bereich gehöre. Die Auskunftsperson stellte fest, dass in der Vergangenheit insbesondere auch aus dem Kreis des Einwohnerrates immer wieder erwähnt wurde, dass die IT-Kosten der Stadt zu hoch seien. Die IT-Kosten sind nicht unerheblich und es sind hohe Ansprüche vorhanden. Zudem sind im Investitionsprogramm weitere Vorhaben eingestellt. Der Stadtrat will deshalb diesen Bereich vertieft überprüfen, obwohl die Experten den "Verdacht" haben, dass hier nicht sehr viel Potenzial vorhanden ist. Zur Frage der Steuerlösung konnte die Auskunftsperson bekannt geben, dass es hier um zwei verschiedene Sachen geht: Einerseits besteht ein Veranlagungsteil und andererseits ein Bezugsteil. Im Bereich der Veranlagung wird nun auf die kantonale Lösung gewechselt, weil sich eine Weiterentwicklung der eigenen Lösung nicht lohnt. Dafür soll der Bezug weiterhin mit der eigenen Lösung erfolgen, weil hier ein gutes System vorhanden ist und ein Zinsvorteil gegenüber der kantonalen Lösung besteht. Zu Auftrag 10, Überprüfung der Hydrantengebühr der Feuerwehr, wurde aus der Mitte der Kommission die Frage gestellt, ob ein Benchmark wirklich sinnvoll sei. Die IBAarau AG gehört der Stadt Aarau. Sie betreut im Bereich der Wasserversorgung auch andere Gemeinden, welche ebenfalls eine Reduktion der

Hydrantengebühr verlangen könnten, wenn diese Gebühr in Aarau reduziert wird. Dies wiederum würde zu Lasten der IBAarau AG gehen und hätte letztendlich ev. sogar negative Auswirkungen auf den Dividendenertrag der Stadt. Zudem erscheint die Kostenschätzung für die Abklärungen relativ hoch. Die Auskunftsperson bestätigte, dass hier die verschiedenen Zusammenhänge genau betrachtet werden müssen. Es gibt auch gesetzliche Vorgaben, welche zu beachten sind. Der Stadtrat wollte aber nicht schon von sich aus die gemachten Vorschläge verwerfen. Es lohnt sich aus Sicht des Stadtrates, zu prüfen, ob eine bessere Lösung möglich ist. Zu den Kosten für die vorgesehenen Analysen bemerkte die Auskunftsperson, dass die Beträge nur grob geschätzt worden sind. Die Aufträge werden sicher ausgeschrieben und es ist geplant, jeweils mehrere Offerten einzuholen. Der Stadtrat beantragt bewusst einen Gesamtkredit, damit ein gewisser Spielraum zwischen den verschiedenen Aufträgen besteht. Aus der Mitte der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass nun eine Übersicht mit Vorschlägen von Experten vorliegt. Diese haben eine gewisse Erfahrung. Bei einer möglichen Umsetzung von Massnahmen ist der Nutzen in der Regel ein Mehrfaches höher, als das für die Abklärung investierte Geld. Ob die Umsetzung der Massnahmenvorschläge dann eine politische Mehrheit findet, ist eine andere Frage. Es macht wenig Sinn, vorgeschlagene Abklärungen bereits jetzt zu blockieren. Es besteht immer noch die Möglichkeit, aufgrund der vertieften Abklärungen einzelne Massnahmen abzulehnen. Es besteht deshalb die Meinung, dass die Abklärungen nun gemacht werden sollten. In der Schlussdiskussion haben die Mitglieder der FGPK aus verschiedenen Gründen dem Antrag des Stadtrates zugestimmt, so z.B. weil es notwendig ist, das mögliche Potenzial in den verschiedenen Bereichen seriös abzuklären und aufzuzeigen, weil vertiefte Analysen, wie im Beispiel Werkhof, gezeigt haben, dass immer Verbesserungsmöglichkeiten bestehen und sich die Investition von selber amortisiert, weil es eine Auslegeordnung braucht etc. Aus der Kommission sind zwei Abänderungsanträge eingegangen: Auf die Aufträge 3 und 5 sei zu verzichten. Der Kredit sei um 50'000 Franken zu reduzieren. Beide Anträge sind mit einem Stimmenverhältnis von 7:2 bzw. 6:3 abgelehnt worden. In der Schlussabstimmung hat die Kommission einstimmig beschlossen, den Antrag des Stadtrates für einen Investitionskredit in der Höhe von 470'000 Franken für die Vornahme verschiedener Abklärungsaufträge im Rahmen des Projekts Stabilo 2 gutzuheissen.

Gabriela Suter: Vor gut einem Jahr, im Juni 2012, hat der Einwohnerrat einen Kredit über 200'000 Franken für den Beizug einer externen Projektleitung im Projekt Stabilo 2 gutgeheissen. Der Bericht dieser Projektleitung liegt nun vor. Jetzt sollen wir noch einmal fast eine halbe Million Franken fürs Sparen ausgeben. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass einige der vorgeschlagenen Abklärungen durchaus sinnvoll sind und wir möchten Hand bieten, diese Abklärungen durchzuführen. So erscheint es uns zum Beispiel sinnvoll, wenn die Verwaltungsstruktur von Zeit zu Zeit überdacht wird. Gerade wegen der Einführung des Ressortmodells "Geschäftsführung" im Stadtrat ist es sicher nur logisch, wenn nun bestehende Strukturen durchleuchtet und nötigenfalls angepasst werden. Auch das Schaffen bspw. einer neuen Stabsstelle "Kultur" wird von uns als sinnvoll erachtet, untersteht dieser Bereich zurzeit doch noch direkt dem Stadtschreiber. Bevor wir jetzt alle hier aufgeführten Abklärungen einfach durchwinken, braucht es aus Sicht der SP-Fraktion Grundsatzentscheide. Natürlich kann man argumentieren, man solle nun einfach alles einmal unter die Lupe nehmen und eine Auslegeordnung machen, es werde heute Abend ja noch nicht entschieden, ob die Vorschläge dann effektiv umgesetzt würden. Darüber könnten wir dann ja noch abstimmen. Wir müssen uns aber bewusst sein: Wenn wir heute Abend alle Abklärungen gutheissen, setzen wir Zeichen. Wir setzen das Zeichen, dass die Ergebnisse der Abklärungen für uns allenfalls akzeptierbar sind. Diesem Zeichen müssen wir uns alle hier im Rat bewusst sein. Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit Stabilo 2 mehrfach betont, es gebe keine Tabus, es könne alles angeschaut

werden. Wir sind aber der Meinung, dass es solche Tabus durchaus gibt. Wir wollen, dass nur Vorschläge geprüft werden, die realistisch umsetzbar sind und die wir als Fraktion auch vertreten können. Wenn für uns von vornherein klar ist, dass eine Abklärung einen Leistungsabbau, beispielsweise im Bildungsbereich, prüfen soll, so sagen wir grundsätzlich Nein zu solchen Abklärungen. Nein, wir wollen keine Prüfung von Leistungsabbau im Bildungsbereich, auch wenn er beschönigend als "Abklärungen zur Standardanpassung" getarnt daherkommt. Unserer Meinung nach ist es rausgeschmissenes Geld, wenn wir Abklärungen machen lassen, bei denen wir von vornherein klar wissen, dass wir das Ergebnis nicht gutheissen werden können. Ich komme zur Begründung unserer drei Abänderungsanträge. Zuerst zum Auftrag 3, "Aufgabenteilung Kultur mit der Ortsbürgergemeinde": Für diese Abklärungen sollen 50'000 Franken gesprochen werden. Ich sage Ihnen, warum wir auf diese Abklärung verzichten können: Hauptziel des Auftrags wäre es zu prüfen, ob eine Teilauslagerung des Aufgabenbereichs Kultur an die Ortsbürgergemeinde möglich sei. Das Stadtmuseum und das Forum Schlossplatz sollen zu einer neuen Institution "verschmelzen". So steht es in unseren Unterlagen. Diese neue Organisation würde der Ortsbürgergemeinde übertragen werden und die Einwohnergemeinde einen jährlichen Beitrag daran leisten. Kulturelle Leistungen zu erbringen ist unserer Ansicht nach auch eine Aufgabe der Einwohnergemeinde. Man muss sich dazu bekennen. Wesentliche Leistungen im Bereich Kultur aus rein ökonomischen Gründen abzukoppeln und nur noch mit einem jährlichen Beitrag an die Ortsbürgergemeinde zu unterstützen, würde ein falsches Zeichen setzen. Die Stadt, also auch die Einwohnergemeinde, soll sich dazu bekennen, substantielle kulturelle Leistungen erbringen zu wollen und diese Leistungen nicht auszulagern. Es wird ja noch von Kooperationen und Synergien in der Vorlage gesprochen. Bereits heute bestehen Kooperationen zwischen den beiden Institutionen Stadtmuseum Aarau und dem Forum Schlossplatz im Bereich Wechselausstellungen. Die meisten unter Ihnen, so hoffe ich, sind in der Zschokke-Ausstellung gewesen oder waren vor ein bisschen längerer Zeit an der Ausstellung Helvetiapark in der alten Reithalle. Das waren Kooperationen der Institutionen, welche schon bestens funktionieren. Eine Verschmelzung hingegen in betrieblicher, personeller Hinsicht zwischen Stadtmuseum und Forum Schlossplatz ist aber kaum möglich, da das Stadtmuseum gemäss Museumskonzept noch ganz andere Aufgaben hat, als das Forum Schlossplatz. Ich habe Ihnen das in der Begründung aufgelistet. Das Betreiben einer Wechselausstellung ist z.B. nur eine Teilaufgabe unter vielen anderen. Wesentliche Aufgaben des Stadtmuseums sind das Pflegen und Erweitern der Sammlung zur Aarauer Geschichte, die Dokumentation der Stadtgeschichte, das Betreiben und Aktualisieren der Dauerausstellung, die Veröffentlichung von Fachbeiträgen sowie die Unterstützung von Forschungsprojekten. All diese Teilbereiche sind Aufgaben der Einwohnergemeinde, die viel historisches Fachwissen und die genaue Kenntnis der Sammlung des Stadtmuseums erfordern. Das kann nicht einfach auf Personen vom Forum Schlossplatz ausgelagert werden. Personelle Synergien sind da also nicht auszumachen. Jetzt sind aber in diesem Auftrag 3 noch andere betroffene Produktgruppen aufgelistet, so in der PG 22, KuK und PG 31, Kadettenmusik. Bei beiden Abklärungen ist es unserer Ansicht nach nicht nötig, dass eine externe Untersuchung gemacht wird. Für die Abklärung, ob man den Nutzermix zugunsten der Kategorie "kommerzielle Veranstalter" verschieben soll, braucht es doch keine externe Studie, sondern eine Entscheidung. Diese ist sehr wahrscheinlich auch politischer Art. Für die Abklärung, ob man den Nettoaufwand der Kadettenmusik reduzieren könnte, wenn man Sponsorenbeiträge von Dritten erhalten würde, ist ebenfalls keine externe Studie nötig. Man könnte direkt auf Sponsorensuche gehen, falls man das möchte. Aus diesen Gründen bittet Sie die Mehrheit der SP-Fraktion, dem Abänderungsantrag 1, also Verzicht auf den Auftrag 3, zuzustimmen und auf diese 50'000 Franken des Investitionskredits zu verzichten. So komme ich nun zu unserem Abänderungsantrag 2, "Standards im Bereich Bildung und FuSTA": Wie ich bereits gesagt

habe, ist ein geplanter Leistungsabbau im Bildungsbereich für uns nicht akzeptabel. Das ist für uns ein Tabu. Die Stadt Aarau hat eine moderne Schule und hat endlich die grüne Ampel bekommen. Die Schule Aarau hat in den letzten Jahren die integrative Schulung, Blockzeiten und Tagesstrukturen eingeführt; dies übrigens alles auf Bestreben des Einwohnerrates. Das Gönhardschulhaus wurde für viel Geld räumlich so hergerichtet, dass moderne Schulformen und individualisierter Unterricht möglich sind. Und nun soll aus ökonomischen Gründen geprüft werden, welche Einsparungen gemacht werden könnten, wenn die Abteilungsgrössen nach oben angepasst würden. Abteilungen ist übrigens die moderne Bezeichnung für Klassen. Grössere Abteilungen können die Qualität der Schule vermindern. Natürlich ist die Grösse einer Abteilung nicht die einzige Bedingung für guten Unterricht. Grosse Abteilungen behindern aber den modernen Unterricht, der eben individualisiertes Lernen und integrative Schulung fördern soll. In der Primarschule haben wir die ganze Spannweite der Schülerinnen und Schüler beisammen, sowohl leistungsstarke, als auch leistungsschwache Schüler sowie Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten. Diese sehr heterogenen Abteilungen sollen ab dem Schuljahr 2014/15 6 Jahre zusammen unterrichtet werden, bis sie auf verschiedene Leistungszüge aufgeteilt werden. Hier also grössere Abteilungen zu machen, ist kontraproduktiv. Die Belastung der Lehrpersonen ist gross. Ich habe Ihnen dazu heute eine Grafik zugestellt. Je grösser die Abteilungen sind, umso grösser ist auch die Belastung der Lehrpersonen. Das steht an erster Stelle der Nennung von Belastungsfaktoren bei Lehrpersonen. Das Gleiche gilt bez. Leistungsabbau bei der Musikschule: Die SP hat sich 2006 zusammen mit der EVP, den Grünen, JETZT! und Pro Aarau mit einer Motion für eine starke Aarauer Musikschule und für massvolle Elternbeiträge eingesetzt. Der Einwohnerrat hat der Motion mit 25 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen zugestimmt und massvolle Elternbeiträge beschlossen, um möglichst vielen Kindern den Zugang zur Musik und zu einem Instrument zu ermöglichen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Eigentlich sind die 10 Minuten Redezeit vorbei. Weil es sich aber um drei Abänderungsanträge handelt, welche gleich in einem Votum von derselben Person der SP-Fraktion und nicht von drei verschiedenen Personen begründet werden, was dann ja total 30 Minuten Redezeit ermöglicht hätte, lassen wir Gabriela Suter ihr Votum beenden.

Gabriela Suter: Ich habe von der Musikschule gesprochen: Jetzt soll ein Benchmark durchgeführt werden, um allenfalls "Standardanpassungen" im Bereich Musikschule durchführen zu können. Solche Anpassungen führen unserer Meinung nach unweigerlich zu Leistungsabbau und zu höheren Elternbeiträgen. Das wollen wir nicht. Deshalb ist es aus unserer Sicht unnötig, diese Abklärungen durchzuführen. Zur geplanten Untersuchung der FuSTA: An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir 50'000 Franken für eine Untersuchung bewilligt. Das sollte doch reichen, um diese Abklärungen zu machen. Doppelt müssen wir das Geld also wirklich nicht sprechen. Ich bitte Sie deshalb, auch dem zweiten Abänderungsantrag zuzustimmen. Nun noch zum dritten Abänderungsantrag, "Überprüfung der Hydrantengebühr der Feuerwehr": Auch hier sind wir der Ansicht, dass keine externe Studie in Auftrag gegeben werden muss, sondern die Verwaltung dies selber intern abklären kann. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesen drei Abänderungsanträgen zuzustimmen.

Jürg Schmid: Mit den beantragten 470'000 Franken soll gemäss vorliegendem Bericht und Antrag ein Kostenentlastungspotential von jährlich 2,3 bis 2,6 Mio. Franken untersucht werden. Dies scheint uns eine sehr lohnende Investition zu sein. Ich möchte an dieser Stelle dem Stadtrat zu seinem Mut gratulieren, nämlich dem Mut zur Transparenz. Im Bericht und Antrag wird nicht einfach um eine Gesamtsumme ersucht, sondern aufgezeigt, was in etwa welche Analyse kosten könnte. Er ist damit explizit das Risiko eingegangen, dass der eine oder

andere Antrag in Frage gestellt und möglicherweise der Gesamtkredit um den angegebenen Betrag gekürzt wird. Eine Massnahme, welche bei einer Auflistung sämtlicher zu analysierender Bereiche und einfacher Bekanntgabe der Gesamtsumme wahrscheinlich niemandem eingefallen wäre. Wir von der SVP-Fraktion haben uns beispielsweise auch gefragt, was die Aufträge 6, "Überprüfung Defizitbeitrag Spitex" und 10 "Überprüfung der Hydrantengebühr der Feuerwehr" bringen sollen. Beim Auftrag 6 sehen wir bereits im mittlerweile vorliegenden Budget 2014 eine Reduktion von rund 10 % gegenüber dem Vorjahr. Ist damit die Einsparung entsprechend nicht schon umgesetzt? Beim Auftrag 10 spart möglicherweise die Stadt auf der Aufwandseite, dafür hat die IBAarau AG weniger. Da diese wiederum zu 96 % im Besitze der Stadt ist, fehlt es dann möglicherweise einfach auf der Ertragsseite. Die SP hat sich offensichtlich ähnliche Gedanken dazu gemacht und die Transparenz zum Anlass genommen, konkrete Abänderungsanträge zu stellen. Was uns allerdings hier konkret vorliegt, ist der Bericht und Antrag zu einer Gesamtanalyse, aufgeteilt in 10 Aufträge. Und genau das ist ja auch die Idee von Stabulo 2: Alles soll angeschaut werden. Wenn wir nun die Analyse einzelner Lieblingsbereiche verhindern, stellen wir den Erfolg des gesamten Projekts bereits jetzt in Gefahr. Und nachdem sich alle gewählten Stadträtinnen und Stadträte jeglicher politischer Couleur – gestatten sie mir an dieser Stelle, allen für die Wahl gestern noch herzlich zu gratulieren – zum Stabulo 2-Prozess bekannt haben, sollten sich auch deren politische Parteien hinter das Gesamtprojekt stellen. Tragen wir die politische Diskussion über die Umsetzung im Rahmen der konkreten Vorschläge aus. Die einzelnen Kosten, welche im Bericht und Antrag aufgeführt sind, sind gemäss Auskunft in der FGPK ja auch erst Schätzungen. Es kann im Verlaufe der Abklärungen zu Verschiebungen der Mittel zwischen den Aufträgen kommen. Dies sollte im Ermessen der Projektleitung liegen. Zu beachten ist im ganzen Projekt selbstverständlich immer ein disziplinierter, haushälterischer Umgang mit den gesprochenen Mitteln. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass es der richtige Ansatz ist, unter den heutigen Voraussetzungen zuerst die erarbeiteten Optimierungspotentiale auf der Aufwandseite gesamthaft und vertieft auszuloten. Jedes Unternehmen, ob öffentlich-rechtlich oder privat, macht dies von Zeit zu Zeit. Sich zu hinterfragen, alte, nicht mehr benötigte Zöpfe abzuschneiden und – wenn ich schon bei Frisuren bin – sich im trendigen, neuen Kurzhaarschnitt zu präsentieren, kann auch sehr motivierend wirken. In diesem Sinne hoffen bzw. erwarten wir zu diesen vertieften Analysen eine positive und zupackende Einstellung sämtlicher involvierter Stellen, sei es Stadtrat, Verwaltungsangestellte, Chefbeamte und auch externe Projektbegleiter. Bringen Sie das Optimum aus diesen Analysen heraus und überraschen Sie uns im Einwohnerrat mit den Ergebnissen, zum Wohle und für die Prosperität der Stadt und all ihrer Bewohner. Die SVP-Fraktion will Stabulo 2 wie angedacht weiterführen und unterstützt entsprechend einstimmig den Antrag des Stadtrates. Die Abänderungsanträge der SP lehnen wir aus den geschilderten Gründen ebenso einstimmig ab.

Mario Serratore: Ich lese vor von der Homepage des Kantons Aargau: "Regierungsrat und Staatsverwaltung gehen die aus der internationalen Finanz- und Schuldenkrise sowie dem Aufgaben- und Ausgabenwachstum entstehenden finanzpolitischen Herausforderungen aktiv an. Dies mit dem Ziel, den Haushalt des Kantons Aargau auch mittel- und längerfristig ausgeglichen gestalten zu können." Wir leben in einem erfolgreichen Kanton. "Zudem will der Regierungsrat die finanzielle Handlungsfreiheit erhalten, um weiterhin Innovationen unterstützen und fördern zu können." Das kann man auch auf die Belange der Stadt herunterbrechen. "Schon zu Beginn der Planung für den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2014-2017 zeigte sich, dass ohne gezielte und rasch wirksame Gegenmassnahmen in den nächsten Jahren hohe Defizite entstehen würden. Der Regierungsrat hat deshalb kurzfristig wirksame Entlastungsmassnahmen für das Budget 2014 beschlossen und zudem eine nachhaltig wirkende Leis-

tungsanalyse mit einem substanziellen Entlastungspotenzial lanciert. Sämtliche Aufgaben- und Leistungsbereiche der Staatsverwaltung und des Schulwesens wurden in den letzten Monaten im Detail überprüft. Mit dieser Leistungsanalyse wird auch ein Verfassungs- und Gesetzesauftrag erfüllt: Die Verfassung des Kantons Aargau und das Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen verlangen, dass alle Aufgaben und Ausgaben des Staats "laufend auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und ihre Tragbarkeit hin zu überprüfen" sind. Zudem sei der Finanzhaushalt "sparsam, wirtschaftlich, konjunkturgerecht und auf die Dauer ausgeglichen zu führen"; die Einhaltung dieser Grundsätze sei ausreichend zu kontrollieren. Bei der Leistungsanalyse wurden die bisher vom Kanton erbrachten Leistungen und erfüllten Aufgaben nach folgenden sachlichen Gesichtspunkten untersucht und mit einem Kriteriensystem bewertet: Welche Aufgaben deckt der Kanton Aargau mit den erbrachten Verwaltungsleistungen ab? Welche Bedürfnisse der Bürger werden mit diesen Leistungen tatsächlich befriedigt? Wie wirtschaftlich und kostengünstig werden diese Leistungen erbracht? Wer kann eine Aufgabe am besten und kostengünstigsten erfüllen? Werden die Kosten der Leistungen vom Verursacher getragen? Die Leistungsanalyse dient denn auch dazu, die Aufgaben- und Leistungspalette bezüglich Notwendigem und Wünschbarem zu überprüfen." Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit Stabulo 2 will der Stadtrat auch ohne Verfassungsauftrag erreichen, dass die Stadt Aarau bis in 5 Jahren ein ausgeglichenes Budget haben wird. Dies ist auch dringend nötig. Aus dem Beispiel der Werkhofanalyse haben wir alle gesehen, dass Optimierungen und Verbesserungen möglich sind. Stabulo 2 wird uns weiteres Potenzial aufzeigen. Inwieweit der politische Wille für die Umsetzung von vorgeschlagenen Massnahmen vorhanden sein wird, werden wir später sehen. Zum Votum von Gabriela Suter kommt mir in den Sinn, dass man dann Angst hat, wenn man eine Überprüfung verhindern möchte. Angst, dass etwas hervorkommt und gesehen wird, was man entsprechend ändern müsste. Das kann aber nicht der richtige Weg sein. Wenn ich keine Transparenz möchte, drängt sich die Vermutung auf, dass ich etwas nicht offenlegen möchte. Deshalb muss ich sagen, dass man den Abänderungsanträgen der SP schon aus diesem Grunde nicht zustimmen kann. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates einstimmig zu und ich bitte Sie, diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen und die Anträge der SP abzulehnen.

Irene Bugmann Oelhafen: Effizienzsteigerung und Leistungsabbau – hier liegt der Fokus von Stabulo 2. Eine Überprüfung der Effizienzsteigerung in der Verwaltung erscheint unserer Fraktion Pro Aarau-EVP/EW-GLP grundsätzlich durchaus sinnvoll. Wir sind der Meinung, dass dies fortlaufend über die verschiedenen Verwaltungsbereiche gemacht werden sollte und auch gemacht worden sind. Dass diese Abklärungen zur Effizienzsteigerung unter Stabulo 2 nun aber nur unter dem Aspekt der Kosteneinsparung gemacht wird, erscheint uns nicht ganz richtig und nicht unbedingt der Stadt dienend. Der finanzielle Aspekt ist durchaus wichtig, aber nicht der einzige. Auch betriebliche Abläufe müssen z.B. im Hinblick auf sinnvolle Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen untersucht werden. Und ob wir da mit diesem Kredit wirklich schon etwas erreichen können? Oder heisst es dann: Wenn man da genauere Kenntnisse für die Umsetzung braucht, müsste noch eine weitere vertiefte Untersuchung gemacht werden? Das wiederum würde heissen: neuer Kredit und neue Kosten, wie das Beispiel Werkhof gezeigt hat. Beim Leistungsabbau haben wir ja schon viele Vorschläge erhalten. Wir könnten z.B. die Weihnachtsbeleuchtung abschaffen, das würde jedes Jahr 70'000 Franken sparen oder wir könnten auf öffentliche Toiletten verzichten, das wären rund 200'000 Franken im Jahr. Aber genau letzterer Vorschlag zeigt, dass ein Leistungsabbau wohl nicht nur weniger Kosten bedeutet. Ich wage mal die Behauptung, dass bei der Schliessung der WC-Anlagen die Kosten des Werkhofes beachtlich steigen und Reklamationen der Restaurantbe-

sitzer an der Tagesordnung sein würden. Trotzdem macht eine Auslegeordnung über mögliches Sparpotential durchaus Sinn, um einen Überblick zu erhalten. Nur wird mit diesem Überblick wohl vielen auch gleich klar, dass das Sparpotential vielleicht nicht allzu gross sein wird. Der Auslegeordnung folgt der politische Entscheid, wie das Mario Serratore bereits gesagt hat. Da wird es dann spannend. Welche Einwohnerräte stehen auf für die Abschaffung der Maienzugsprüche und der Zeltanlage Riviera, der Weihnachtsbeleuchtung, der Absenkung der Wassertemperatur in der Badi oder stimmen für den Verzicht auf KEBA-Besuche der Aarauer Schulen? Da müssen wir dann Farbe bekennen. Aufgrund all dieser Pro- und Contra-Argumente wird unsere Fraktion von Ja, über Nein bis zu Enthaltung stimmen. Betr. Abänderungsanträge würden wir gerne noch die Ausführungen des Stadtrates abwarten.

Sonja Eisenring: Ich kann mich kurz fassen: Die CVP stimmt dem Kredit zu. Die Abklärungen im Rahmen von Stabilo 2 müssen alle gemacht werden. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, bereits Themen auszuklammern. Wir vertrauen aber dem Stadtrat, dass er es nochmals prüft und nur diejenigen Aufträge extern vergibt, die nicht einfacher, schneller und kompetenter intern geklärt werden können. Ich nenne hierzu das Stichwort "Hydrantengebühren". Wir unterstützen also den Antrag des Stadtrates, lehnen die Abänderungsanträge ab und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Markus Hutmacher: Die Fraktion Grüne/JETZT! hat seinerzeit die Stabilovorlage abgelehnt. Wir waren und sind der Meinung, dass auch ohne solche Übungen vernünftig gespart werden kann. Ein nachhaltiger Umgang mit den Finanzen ist für uns eigentlich eine Daueraufgabe und entsprechend stehen wir solchen einmaligen Programmen eher skeptisch gegenüber. Vielfach kosten diese viel Geld, aber die Ergebnisse sind bescheiden und vielfach politisch nicht umsetzbar. Trotzdem werden wir heute für Stabilo 2 stimmen. Wir sind bereit, dieser Vorlage zuzustimmen, weil sich die bürgerliche Ratshälfte bis jetzt immer, wenn es um eine Steuererhöhung gegangen ist, hinter dem angeblich grossen, vorhandenen Effizienz- und Kostensenkungspotential in Aarau versteckt hat. Nach dem Programm Stabilo 2 sollte dann eine objektive und sachliche Sicht auf die Sparmassnahme möglich sein. Entsprechend erwarten wir denn aber auch, dass die rechten Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen und sachpolitisch richtige Schlüsse ziehen werden, wenn die Ergebnisse vorliegen. Wir werden den Kürzungsanträgen nicht zustimmen. Wir machen dies nicht, weil für uns zum Beispiel Kürzungen im Bildungsbereich verhandelbar sind, sondern weil wir nicht wollen, dass es in einem Jahr von der bürgerlichen Seite her heisst, wir sollten diese Bereiche oder jenen Bereich auch untersuchen, bevor wir über die Steuern sprechen können. Im Gegenteil: Sollten für die bürgerlichen Parteien auch in den rot markierten Massnahmen noch zusätzliche, mögliche Sparpotentiale vorhanden sein, erwarten wir, dass sie dies jetzt deklarieren, damit die Auslegeordnung dann wirklich vollständig gemacht werden kann. Für uns zeigen die angedachten Massnahmen von Stabilo 2, dass eine Sanierung der laufenden Rechnung ohne Mehreinnahmen nicht zu realisieren ist. Die im Paket ausgewiesenen Sparmassnahmen müssten für eine Sanierung komplett und vollständig realisiert werden, damit die Rechnung aufginge. Viele der vorgeschlagenen Massnahmen werden politisch nicht mehrheitsfähig sein, weil Aufwand und Ertrag schlicht in keinem vernünftigen Mass stehen.

Marcel Guignard, Stadtpräsident: Sie haben das Ihnen heute präsentierte Vorgehen schon vor einiger Zeit mit zwei Vorlagen gesehen. Dem haben Sie seinerzeit auch zugestimmt. Deshalb ist es auch folgerichtig, was Ihnen heute der Stadtrat vorlegt. Ich verzichte darauf, die ganze Erarbeitung noch einmal herzuleiten. Ich habe das in der FGPK machen können. Herr Serratore hat es auch noch einmal umfassend wiedergegeben. Es macht also keinen Sinn, das

noch einmal zu tun. Ich möchte einfach zwei, drei Hinweise ergänzend machen oder etwas unterstreichen, von dem ich glaube, dass es sinnvoll ist, wenn es noch einmal gesagt wird. Es ist ganz klar, dass es heute eigentlich ausschliesslich darum geht, was unter Stabulo 2 noch unter die Lupe genommen werden soll. Es geht noch nicht darum, in diesen Bereichen irgendein Betrag X oder Y einzusparen. Es geht auch noch nicht darum, Standards zu reduzieren, sondern darum, sachliche Unterlagen zu erarbeiten, damit Sie im Einwohnerrat den politischen Entscheid treffen können. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, welche Bereiche man ausgewählt und welche man ausgelassen hat. Der Stadtrat hat Ihnen eine schöne Übersicht gemacht, welche zeigt, worauf er verzichtet hat. Die gelben Bereiche, welche im Vorschlag enthalten sind, erfolgten weitestgehend auf Antrag des Expertenteams. Der Stadtrat hat sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt zu sagen, bei uns gebe es gewisse Bereiche, welche von ihm aus gesehen bereits wieder nicht angeschaut werden sollten. Aus den Gesprächen hat der Stadtrat das Vertrauen gewonnen, dass diese beiden Experten, welche hier am Werk gewesen sind und nicht das erste Mal bei solchen Überprüfungen dabei waren, aus ihrer Erfahrung sagen können, wo es noch Handlungsspielräume, also Möglichkeiten gibt, damit solche Effizienzsteigerungen und letztlich, dem Ziel von Stabulo 2 entsprechend, Kosteneinsparungen erzielt werden können. Diese Möglichkeiten hat der Stadtrat anschliessend übernommen. Sie haben gesehen, dass es verschiedene Bereiche, Themen oder Titel gibt, wo solche Überprüfungen durchgeführt werden können. Es ist z.B. einmal die Organisation insgesamt. Deshalb ist die Verwaltungsorganisation als Punkt 1 aufgeführt. Es sind die Standards bei den Investitionen und den Budgets. Der Stadtrat hört jedes Mal, die Stadt Aarau habe hohe Standards. Effizienzpotenzial gibt es sicher auch im Bereich der Aufgabenteilung wie auch der Investitionen. Das erfolgt eben Produktegruppen übergreifend. So sind die einzelnen Untersuchungsbereiche entstanden. Es geht jetzt darum, das alles anzuschauen, die Resultate davon dann zu beurteilen und anschliessend politische Entscheide zu treffen. Was heute gestrichen wird, wenn solche Abänderungsanträge gutgeheissen werden sollten, wie sie von Seiten der SP vorgetragen worden sind, wird nicht angeschaut, oder höchstens in dem Rahmen, wie der Antrag formuliert ist, das ist klar. Der Stadtrat hat sich ausdrücklich nicht auf eine vertiefte Diskussion eingelassen, als er diese Vorlage erarbeitet hat. Er wollte nicht schon vorgreifen und Punkte bestimmen, welche er nicht geändert haben möchte. Genau diese Diskussion wollte er nicht führen. Der Stadtrat überlässt den Entscheid nun Ihnen, wo was angeschaut werden soll. Er schlägt Ihnen vor, das mit einer gewissen Grosszügigkeit zu tun, damit eben nicht im Nachhinein doch noch Fragen auftauchen. Deshalb habe ich mich bei der FGPK beim Besprechen einzelner Bereiche zur Wehr gesetzt. Insbesondere, was die Kosten anbelangt, habe ich dargelegt, dass wir einen Gesamtkredit beantragen. Natürlich setzt sich dieser aus zahlreichen kleinen Krediten zusammen. Aber wie es schon von Mario Serratore dargelegt worden ist, können sich bei der Abwicklung der einzelnen Aufträge sehr wohl noch Verschiebungen ergeben. Die 470'000 Franken haben wir jetzt nur grob geschätzt. Die Aufträge sind gar noch nicht ausgeschrieben worden. Vielleicht kann es sich ergeben, dass z.B. die Verwaltungsuntersuchung teurer wird als die Untersuchung der Hydranten. Es kann sehr wohl sein, dass an einem Ort nicht so viel Geld gebraucht wird, an einem anderen dafür aber mehr. Der Stadtrat hat Ihnen die einzelnen Positionen mehr im Sinne von Transparenz aufgezeigt. Beim Auftrag 3 wird von der SP gewünscht, diesen gar nicht anzuschauen. Bei diesem Auftrag geht es typischerweise um eine Aufgabenteilung. Die Aufgabenteilung Kultur im Bereich Ortsbürger- und Einwohnergemeinde ist nicht in Stein gemeisselt. Wer hier gar nicht an einer genaueren Überprüfung interessiert ist, der wird heute Nein stimmen. Wer aber sagt, dass diese Aufgabenteilung vielleicht optimiert werden könnte und andere Zuweisungen, z.B. ein Abteilungs-system oder so etwas, eingeführt werden könnten, der stimmt einer Überprüfung zu. Damit hat man noch nicht gesagt, dass man die neuen Ideen dann auch so durchführt. Dasselbe gilt

bei den Bereichen Bildung und FuSTA. Dort hat man gewisse Hinweise und Instrumente, wo Kosten eingespart werden könnten. Es ist nachher auch die Aufgabe einer Untersuchung, die Konsequenzen solcher Instrumente aufzuzeigen, damit Sie nachher den Entscheid fällen können. Im Zusammenhang mit FuSTA wurde gesagt, es sei schon ein Kredit vorhanden und deshalb müsse hier gar nichts mehr gemacht werden. Es ist schon nicht genau dasselbe. Der Fokus von Stabulo 2 liegt bei FuSTA auf dem Standard, währenddessen der Fokus beim seinerzeitigen Antrag und den gesprochenen 50'000 Franken beim Finanzierungsmodell und der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und der Stadt liegt. Es ist klar, dass diese beiden Untersuchungen koordiniert werden müssen. Niemand will redundante Abklärungen. Wenn wir das noch mehr eingrenzen können, dann werden wir das sicher tun. Auch in diesem Punkt möchte ich Sie bitten, den Auftrag dem Stadtrat so zu bewilligen. Der Hydrantenposten ist nun nicht der gigantischste. Wenn wir das intern machen können, so tun wir das auch. Aber es lohnt sich jetzt nicht, an diesem Kredit hier zu rupfen und zu sagen, er solle um 10'000 Franken reduziert und die Hydranten anders angeschaut werden. Vielleicht brauchen wir diese 10'000 Franken dann bei der Überprüfung der Verwaltungsorganisation, wenn wir tatsächlich feststellen, dass wir die Hydranten einfacher abklären können. Schauen Sie das Ganze mit Augenmass an. Sie erhalten ein Produkt, welches Ihnen Entscheidungsgrundlagen bietet. Das kostet 470'000 Franken und verspricht doch, Ihnen ein Mehrfaches zurückzubringen. Sie können dann frei entscheiden, was Sie ändern möchten und was nicht. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen und die Abänderungsanträge der SP abzulehnen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung über den Abänderungsantrag 1 der SP:

Auf den Auftrag 3, "Aufgabenteilung Kultur mit der Ortsbürgergemeinde" sei zu verzichten. Der Kredit sei um 50'000 Franken zu reduzieren.

Mit 28 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen wird der Abänderungsantrag 1 der SP **abgelehnt**.

Vorabstimmung über den Abänderungsantrag 2 der SP:

Auf den Auftrag 5, "Standards im Bereiche Bildung und FuSTA" sei zu verzichten. Der Kredit sei um 50'000 Franken zu reduzieren.

Mit 26 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen wird der Abänderungsantrag 2 der SP **abgelehnt**.

Vorabstimmung über den Abänderungsantrag 3 der SP:

Der Auftrag 10, "Überprüfung der Hydrantengebühr der Feuerwehr" sei verwaltungsintern zu erfüllen. Der Kredit sei um 10'000 Franken zu reduzieren.

Mit 26 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen wird der Abänderungsantrag 3 der SP **abgelehnt**.

Schlussabstimmung:

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Für die Vornahme verschiedener Abklärungsaufträge im Rahmen des Projekts Stabilo 2 wird ein Investitionskredit in der Höhe von 470'000 Franken gutgeheissen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

76. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion von Mario Serratore: Evaluation Pensionskasse der Stadt Aarau

Marc Dübendorfer, Präsident: Wie eingangs bereits erwähnt, hat der Motionär, Mario Serratore, seine Motion zurückgezogen. Aus diesem Grunde ist dieses Traktandum hinfällig geworden.

77. Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion von Oliver Bachmann und Mitunterzeichner/-innen: Kasernenareal - Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau

Mit Botschaft vom 2. September 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Die Motion "Kasernenareal – Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau" sei zu überweisen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Auf eine Motion muss immer eingetreten werden. Die Motion hat keine Vorberatung in der Kommission erfahren. Somit können wir gleich mit der Debatte beginnen.

Oliver Bachmann: 27 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte verlangen gemeinsam in einer Motion, dass der Stadtrat ein Entwicklungskonzept für das Kasernenareal vorlegt. Auch der Erwerb des Areals ist zu prüfen. Heute wird das Areal durch die Armee genutzt. Daran wäre eigentlich nichts auszusetzen, würde das Areal irgendwo am Stadtrand liegen. Aber es liegt mitten in Aarau, in direkter Nachbarschaft zum Bahnhof, dem Citymärt und der Altstadt. Es liegt an einer der besten Lagen nicht nur von Aarau, sondern wohl auch der ganzen Deutschschweiz. Werfen wir einen kurzen Blick zurück in die Geschichte des Areals: Bereits zu Napoleons Zeiten ist das heutige Kasernenareal ein städtebauliches Planungsgebiet gewesen. Mit dem Projekt "d'Agrandissement de la Commune d'Aarau" sollte die Stadt erweitert werden. Von diesen Plänen wurden allerdings nur die Botschaftshäuser an der Laurenzenvorstadt realisiert. In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde eine Entmilitarisierung des Kasernenareals angestrebt, damals von der FDP. 2003 ist im Bericht "Aarau Morgen" von Nik Brändli, Judith Jean-Richard und Xander Henz schliesslich das Kasernenareal als neues Stadtzentrum vorgeschlagen worden. Gemäss Medienberichten plant das Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport des Bundes (VBS) eine Schliessung von Waffenplätzen, wobei es auch Aarau treffen könnte. Eine solche Schliessung würde der Stadt Aarau eine riesige Chance bieten, aktiv auf die Entwicklung der Innenstadt einzuwirken und ist darum wünschenswert. Allerdings muss sich die Stadt Aarau darauf rechtzeitig vorbereiten. Auch der Kanton hat letzte Woche Argumente für eine zivile Nutzung des Areals geliefert. So erwirtschaften gemäss einer Antwort auf eine Anfrage im Grossen Rat sämtliche Areale der Armee im Aargau zusammen gerade mal 48 Mio. Franken an Bruttowertschöpfung. Das entspricht nur etwa einem Promille des BIP des Kantons Aargau. Das Kasernenareal Aarau ist nur ein kleiner Teil dieser militärischen Gesamtfläche, hat aber alleine Potenzial für eine deutlich höhere Wertschöpfung. Wenn Unternehmen anstelle der Armee dieses Areal besiedeln, trägt das dank zusätzlicher Steuereinnahmen auch etwas zur Stabilisierung unseres städtischen Budgets bei. Mit einer zivilen Nutzung könnte die heutige Zentrumsachse Altstadt-Citymärt-Bahnhof zu einer urbanen Innenstadt wachsen. Durch die neue Verbindung für Velos und Fussgänger würden Bahnhof und Altstadt näher zusammenrücken, was der Altstadt neue Impulse geben würde. Durch die Freigabe des grossen Kasernenplatzes für die Bewohnerinnen und Besucherinnen von Aarau könnte ein neuer Ort zum Verweilen und Begegnen entstehen.

Wirtschaft, Kultur, Wohnen und neue Lebensräume könnten und sollten auf dem Areal Platz finden. Eine Entwicklung des Areals sollte unbedingt gemeinsam mit dem Kanton in Angriff genommen werden. Nebst der Wirtschaftsförderung sollen sich Stadtplanung, Kulturabteilung, Jugendarbeit und weitere betroffene Stellen am Prozess beteiligen. So kann eine ganzheitliche Strategie entstehen. Ich bitte Sie, unser Anliegen zu unterstützen und die Motion Kasernenareal an den Stadtrat zu überweisen.

Beat Krättli: Wenn der Wunsch Vater des Gedankens wird: Oliver Bachmann's Motion ist ein Paradebeispiel für die Karriere eines Themas. Da spekuliert eine Tageszeitung mit grossen, farbigen Buchstaben über die geplante Schliessung von bis zu 12 Waffenplätzen und Politiker von links bis rechts beginnen zu hyperventilieren. Und nun stellt sich sogar eine stadt-rätliche Mehrheit hinter die Motion, die genau betrachtet nichts anderes als ein ausgewachsener Papiertiger ist. Eine einfache Anfrage bei den zuständigen Stellen im VBS hätte schon vor Monaten Klarheit schaffen und die Irrtümer, Missverständnisse und Falschaussagen aus dem Weg räumen können. Ich gebe Ihnen gerne einige Fakten weiter: Das Standortkonzept des VBS wird nicht vor Ende Jahr vorliegen. Zudem ist die Verzichtsplanning nach dem Budgetentscheid des Nationalrates noch weiter in die Ferne gerückt. Selbst wenn militärische Einrichtungen geschlossen werden müssten, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einmal gesichert, ob das Kasernenareal Aarau überhaupt in eine solche Verzichtsplanning miteinbezogen würde. Dieser Entscheid notabene würde letztlich nicht durch die Armeeführung, sondern durch das VBS getroffen. Die Behauptung, das VBS verkaufe seine Immobilien einfach dem Meistbietenden, ist schlicht und einfach falsch und hat den Charakter einer Unterstellung. Beispiele aus der Vergangenheit haben genügend bewiesen, dass eben gerade nicht so vorgegangen wird. Gesetzt den Fall, dass das Kasernenareal in die Verzichtsplanning miteinbezogen würde – was zurzeit absolut spekulativ ist – würde das VBS mit den betroffenen Partnern Kanton und Stadt selbstverständlich eine für alle Beteiligten verträgliche Lösung suchen – und diese auch finden. Unlängst liess der Regierungsrat verlauten, dass die militärischen Betriebe im Kanton Aargau tatsächlich eine jährlich Wertschöpfung von rund 48 Millionen erzielen. Hiervon profitiert auch die Stadt Aarau ganz ordentlich. Das ist immerhin Grund genug für die Kantonsregierung, einem Rückzug der Armee im Kanton entgegenzuwirken. Selbst die grüne Militärdirektorin Susanne Hochuli wehrt sich an vorderster Front gegen eine allfällige Umnutzung des Kasernenareals. Es sieht ganz so aus, dass unsere Ratslinke wieder einmal eine Spielwiese für einen weiteren Leuchtturm entdeckt hat. Es ist aber nicht schlau, dem Bären das Fell über die Ohren zu ziehen, bevor dieser erlegt wurde. Wenn denn die von Herrn Bachmann herbeigewünschte Situation wider Erwarten doch einmal eintreten sollte, kann der Rat immer noch Steuergelder für Projektstudien ausgeben. Jetzt ist es dafür eindeutig zu früh. Aus den genannten Gründen möchte ich im Namen der SVP-Fraktion beliebt machen, die Motion Bachmann nicht an den Stadtrat, sondern besser "bachab" zu schicken.

Martina Suter: Das Kasernenareal ist in der Tat ein zentrales Areal in Aarau. Falls das VBS die Aufhebung des Waffenplatzes wirklich beschliesst, sollte Aarau wissen, wie sich dieser Teil entwickeln sollte. Es geht aus unserer Sicht darum, Arbeitsplätze zu schaffen und gutes Steuersubstrat zu generieren. Das ist an einer solch zentralen Lage sehr gut möglich. Aber auch der Ein- und Anbindung an die anderen Areale und Gebiete ist in einem allfälligen Entwicklungsprojekt ein hoher Stellenwert beizumessen. Frau Hochuli hat sich beim VBS mit einem Brief im Mai dieses Jahres gegen die Schliessungspläne beschwert. Es geht mit dem Arealentwicklungsprojekt deshalb aus unserer Sicht auch nicht darum, das VBS zu vertreiben, sondern bereit zu sein, falls ein Schliessungsentscheid eintreffen würde. Eine erweiterte Be-

trachtung ausserhalb der BNO-Revision macht durchaus Sinn. Kritisch wurde in unseren Reihen der Zeitpunkt dieses Begehrens beurteilt. Wie der Chef der Armee, André Blattmann, kürzlich im Schloss Böttstein verlauten liess, sei innert Monatsfrist ein Entscheid zu erwarten. Realistisch gesehen wird es wohl noch etwas länger dauern, bis Klarheit herrscht. Sollte das VBS dann aber verkünden, dass am Militärbetrieb in Aarau festgehalten werden möchte, so gilt es, den Vertrag bis 2038 einzuhalten. Bei diesem Szenario wäre ein Startschuss für die Arealplanung im jetzigen Zeitpunkt definitiv zu früh. Die Stadt könnte den beantragten Kredit besser für aktuelle Projekte gebrauchen. Sollte die Motion überwiesen werden, dann erwarten wir, dass mit der Planung sicher erst begonnen wird, wenn ein definitiver Entscheid des VBS vorliegt. Die FDP-Fraktion stimmt dem Überweisungsantrag des Stadtrats mehrheitlich zu.

Ueli Hertig: Unsere Fraktion Pro Aarau-EVP/EW-GLP wird die Motion "Kasernenareal - Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau", wie uns auch der Stadtrat empfiehlt, einstimmig überweisen. Das Kasernenareal liegt an zentralster Lage und ist das letzte räumliche Angebot in dieser Grössenordnung. Dazu besteht ein hoher öffentlicher Anspruch an diesen Stadtraum, der längerfristig zwingend für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss. Eine Stadtkaserne ist auch für die Schweizer Armee kaum mehr ideal. Längerfristig wird sie sicher aufgehoben. Da sich aber die Kantonsregierung, und das ist aus meiner Sicht unbegreiflich, immer wieder für den Erhalt der militärischen Nutzung des Kasernenareals ausspricht, braucht es ein klares Signal vom Einwohnerrat und der Stadt. Deshalb bitte ich euch, die Motion zu überweisen, für die Zukunft unserer Stadt.

Marcel Guignard, Stadtpräsident: Der Stadtrat hat Ihnen eine kurze Stellungnahme abgegeben. Mir scheint, es wurde darin das Wesentliche gesagt. Sie haben heute ebenfalls bestätigt, dass es sich beim Kasernenareal um ein wichtiges Gebiet im Stadtzentrum handelt. Es sollten Vorstellungen vorhanden sein, was man damit machen möchte, wenn man darüber verfügen könnte. Der Zeitpunkt spielt natürlich eine Rolle, wann darüber verfügt werden kann. Da hören wir natürlich seit Jahren immer wieder unterschiedliche Signale von Bern. Ich mag mich gut erinnern, dass ich vor einigen Jahren schon in Bern gewesen bin und es geheissen hat, es werde im Herbst dann verkündet. Jetzt hören wir wieder, es solle diesen Herbst verkündet werden. Wann das genau sein wird, ist noch offen. Aber es ist ein Thema. Anhand dieser Aussichten wird sich auch die Strukturierung des Konzepts ausrichten. Wenn wir einen klaren Entscheid schon in einem oder in zwei Monaten haben, wie das vielleicht in Aussicht gestellt worden ist, dann sieht das Konzept ganz anders aus, als wenn das noch viel länger dauert. Heute geht es einfach darum, dass der Einwohnerrat sagt, der Stadtrat solle rechtzeitig bereit sein und schauen, dass er ein geeignetes Konzept mit den erwarteten, zur Debatte stehenden Zeithorizonten, erstellt hat. Wenn diese Motion überwiesen worden ist, muss Ihnen der Stadtrat innerhalb der in der Geschäftsordnung festgehaltenen Fristen einen Bericht unterbreiten, wie er das Thema angehen will und welche Finanzen dazu gebraucht werden. Dann können Sie im Einwohnerrat darüber befinden, ob das geplante Vorgehen sinnvoll ist oder nicht. Das wird sich dann erweisen, wenn Ihnen der Stadtrat wieder einen Bericht über die Erfüllung der Motion vorlegt. Das ist dann noch kein Konzept, sondern ein Antrag für einen Kredit. Damit werden wir Ihnen erklären, was wir vorhaben und welche Konzeptarbeiten wir an die Hand nehmen wollen. Dann können Sie sich einlässlich darüber unterhalten, ob das in Anbetracht der dannzumal "jüngsten" Mitteilungen von Bern sinnvoll ist oder nicht. Das müssen Sie dann entscheiden. Zusammenfassend beantragt Ihnen der Stadtrat, diese Motion zu überweisen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 27 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die Motion "Kasernenareal – Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir haben heute zwei Rücktritte zu verzeichnen. Der erste Rücktritt betrifft Einwohnerrat Jürg Dietiker. Er tritt aus persönlichen Gründen aus der FGPK und dem Einwohnerrat Aarau zurück. Jürg Dietiker war seit 19. Oktober 2010 Mitglied des Einwohnerrates und hat in der FGPK seit dem 25. Februar 2013 Einsitz genommen. An dieser Stelle geht mein ganz spezieller Dank an ihn für seine geleistete Arbeit. Jürg Dietiker ist heute abwesend, deshalb hat er das Abschiedsgeschenk bereits erhalten. Der zweite Rücktritt betrifft Einwohnerrat Reto Leiser. Er tritt aus beruflichen Gründen als Vizepräsident des Einwohnerrates zurück, das haben wir schon gehört, aber auch als Einwohnerrat. Reto Leiser war seit 1. Januar 2011 Mitglied des Einwohnerrates Aarau. Das Vizepräsidium übernahm er am 1. Januar 2012. Reto Leiser war mit zwei Anfragen aktiv während seiner Ratszeit, bevor er Vizepräsident wurde. Ich möchte ihm für seinen Einsatz ganz herzlich danken und viel Befriedigung in seinem neuen Amt in der Judikative wünschen. Auch ihm übergebe ich gerne das Abschiedsgeschenk. Ich wünsche allen, welche haben, schöne Herbstferien und einen schönen MAG. Wir sehen uns am 14. Oktober 2013 hoffentlich alle gesund wieder zur nächsten Einwohnerratssitzung.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:



Marc Dübendorfer

Der Protokollführer:



Stefan Berner